Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 266. Mittwoch den 14. November. 1849.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

II. Kammer. 52. Sitzung vom 12. Novbr. Anfang 11 Uhr.
Präsident: Graf Schwerin.

Am Ministertisch: v. Brandenburg, v. Ladenberg, v. Manteuffel, Simons.

Der Justizminister legt einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Sporteln für die Gerichts-Vollzieher in der Rhein-Provinz vor.

Die Kammer fährt fort in der allgemeinen Debatte über die Artikel 11—16 von Religion und Kirche.

Abg. Ameler spricht unter großer Theilnahmslosigkeit vom orthodox-politischen Standpunkte gegen die Verfassung.

Abg. Osterrath kämpft mit Lebhaftigkeit vom katholisch-hierarchischen Standpunkte für die Verfassung. Er will Unabhängigkeit für die Kirche, deren frühere Verfassung weder Katholiken noch Protestanten genügte und den Staat selbst in Verwickelungen brachte. Der Redner geht hierbei auch auf die Denkschrift der katholischen Bischöfe ein, deren Veröffentlichung ihm eben so gerechtfertigt scheint, als die der Verfassungsurkunde.

Der Kultusminister erhebt sich gegen diese Gleichstellung. Die Verfassung sei für das Land, die Denkschrift für die Regierung bestimmt gewesen, mit welcher die Bischöfe unterhandelten. Die Regierung habe die Form dieser Unterhandlungen zu bestimmen, und hoffe, daß die Bischöfe darin nachgeben würden. Wenn übrigens der Redner geäußert habe, auf Spezialien der Unterhandlungen nicht eingehen zu wollen, so wisse er nicht, ob hierin eine Schonung der Regierung liegen solle. Eine solche müsse er zurückweisen. Er sei bereit, auf Alles zu antworten, entweder hier oder, Falls der Redner der Versammlung die Erörterung ersparen wolle, privatim. (Lebhaftes Bravo.) Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Graf Arnim erhält das Wort. Er wirft 3 Fragen auf: 1) ob anerkannt werden solle, daß Preußen ein christlicher Staat sei? 2) Welche Mitwirkung vom Staat bei der Verwaltung der Kirche gewahrt werden solle? 3) Wie die Frage der bürgerlichen und kirchlichen Einsegnung der Ehe gelöst werden solle? — ad 1 sei das Christenthum die geistige Atmospäre, worin der Staat getragen werde, wie die Erde von der tellurischen. Darin müssen und sollen alle Ansichten übereinstimmen, wie sie sonst auch von einander abweichen. Weder die vergangene, noch die künftige Gesetzgebung kann dies verkennen. Die Abgeordneten sind nur dann die Vertreter eines christlichen Volks, wenn jene Ueberzeugung sie durchdringt. Dies vorausgesetzt, köune ad 2 und 3 die Antwort verschieden lauten, worauf der Redner nicht weiter eingeht. Die sehr aufmerksam angehörte Rede schließt unter lebhaftem Bravo.

Der Schluß der allgemeinen Debatte wird jetzt angenommen und dem Berichterstatter Abg. Keller das Wort ertheilt.

Der Berichterstatter läßt es dahin gestellt sein, ob das jetzt begonnene System nicht später einmal wieder aufzugeben sei; aber einstweilen müsse es festgehalten und als eine Konsequenz der oktroyirten Verfassung, deren Vortheile man genossen habe und deren Nachtheile man tragen müsse, vertreten werden. (Diese geschraubte Wendung ist beachtenswerth, weil sie offenbar aus dem Widerspruch fließt, in welchem die bekannte persönliche Richtung des Abg. mit seiner Pflicht steht, als Berichterstatter für die Verfassung aufzutreten.) Nach einigen Zwischenbemerkungen über den weitern Gang der Verhandlungen und Abstimmungen ergreift der Kultusminister das Wort. In einer ausführlichen Rede spricht er sich entschieden für die Zusätze der ersten Kammer zu Art. 11 aus. Sie gingen dahin, den Vorwurf des Atheismus von der Verfassung entfernt zu halten. Die Regierung, die man deshalb der Religionslosigkeit angeklagt, wisse sich davon frei. Sie habe jene Zusätze für unnöthig, weil durchaus selbstverstanden erachtet. Nachdem indeß dennoch Zweifel entstanden seien, müsse sie allerdings wünschen, daß auch der Schein der Religionslosigkeit hinweggeräumt werde, und empfehle die Zusätze zur Annahme. Dies jetzt um so mehr, als, wenn man die Zusätze der 1. Kammer in der zweiten wieder streiche, das Land leicht glauben möge, die Streichung sei erfolgt, nicht weil man die Zusätze für überflüssig halte, sondern ihren Inhalt mißbillige. Der Redner bemerkt dabei, daß die Fassung der 1. Kammer allerdings einige Bedenken habe, und wünscht daher, daß man hierin die nöthigen Vorbehalte mache.

Es wird nun die Spezialdebatte über Art. 11 mit Einschluß der Zusätze der ersten Kammer eröffnet.

Abg. v. Bodelschwingh empfiehlt die Zusätze der 1. Kammer, denn die Verfassungsbestimmungen verdankten ihre Entstehung einer Zeit, wo man die Vernichtung des Christenthums als die nothwendige Voraussetzung der Völkerfreiheit gepredigt habe.

Es folgen die Abg. Geppert und Tiek auf der Tribüne, ohne jedoch noch irgend welche Aufmerksamkeit für das erschöpfte Thema zu finden.

Abg. Beseler wendet sich besonders gegen die Rede des Kultusministers für die Zusätze der erster Kammer. Er hält die Besorgniß vor Religionslosigkeit für eine vorübergehende Stimmung und fürchtet, daß, indem man dieser Besorgniß durch die Zusätze Rechnung trage, andere viel größere Besorgnisse geweckt werden würden. Die schwache Majorität mit der die erste Kammer ihre Beschlüsse gefaßt habe, könne um so weniger einen Einfluß auf die selbstständige Ueberzeugung der zweiten Kammer verlangen. Der Redner geht demnächst in eine materielle Prüfung der Zusätze der ersten Kammer ein, um ihre „großen Gefahren“ zu zeigen. Die Kammer habe das Recht der Vereinigung ganz allgemein ausgesprochen; hier wo es seine wichtigste Anwendung finde, will man es wieder beschränken! (Bravo.) Die Staatsregierung werde zu einer Inquisition gegen die Religionsgesellschaften kommen, deren Folgen schwer bemessen würden.

Der Kultusminister verwahrt sich dagegen, als ob er einen Einfluß der ersten auf die zweite Kammer habe aussprechen wollen und bestreitet die Möglichkeit der Inquisition.

Unter wachsender Unaufmerksamkeit spricht v. Viebahn für sein zum Art. 11 gestelltes Amendement.

(Simson übernimmt das Präsidium.) Abg. Graf Schwerin erklärt, lediglich durch die Rede des Kultus-Ministers auf die Tribüne geführt zu sein. So sehr er früher durch die Haltung des Kultus-Ministers befriedigt worden sei, mit so tiefer Betrübniß habe ihn heute dessen Rede erfüllt. Man könne sehr leicht dahin kommen, dem Staat das Recht einzuräumen, nach dem Bekenntniß zu fragen. Aber die Hauptsache sei Art. 12, weil ihn die erste Kammer beschlossen. Er hebe Art. 11 der Verfassung vollständig auf, ja die ganze Verfassung würde hier dann Phrase. Nach jenem Art. 12 habe der Staat das Recht, das Bekenntniß festzustellen, wegen Vergehen gegen dasselbe, also wegen Gottesläungnung ꝛc. zu verurtheilen. Nehme man Art. 12 an, so stelle man sich auf den Standpunkt einer kleinen Partei im Staat, die bisher — — er wolle das weitere Wort unterdrücken. Der Redner ist entschieden gegen Art. 12 und 13 der ersten Kammer (Bravo.) Der Kultus-Minister erklärt abermals, daß der Regierung eine Inquisition fremd sei, der Staat müsse aber in religiös-bürgerlichen Verhältnissen nach dem Bekenntniß fragen, z. B. beim Eide. Der Redner habe daraus Folgerungen gezogen, welche Uebergriffe fürchten lassen. Allein der Minister sei verantwortlich, darin liege die Garantie. (Bravo.) Es gehen neue Amendements von Kontzen und Schimmel zu Art. 11 ein. Die Debatte über Art. 11 wird geschlossen. Der Berichterstatter verzichtet aufs Wort und man schreitet zur Abstimmung. **Die Amendements der Abgeordneten von Kleist-Retzow, Weyhe und Martens, welche im orthodoxen Sinne nur Fassungen des Art. 11 proponiren, werden sämmtlich mit großer Mehrheit verworfen.** Die Fassung der ersten Kammer wird in namentlicher Abstimmung mit 152 gegen 152 Stimmen ebenfalls verworfen. Endlich wird die Kommissionsfassung der zweiten Kammer unter Streichung der Worte „und der Theilnahme an einer Religionsgesellschaft“ auf den Antrag des Abgeordneten Reuter in namentlicher Abstimmung mit 184 gegen 119 Stimmen angenommen. Diese Fassung lautet: „Art. 11. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften (Art. 28 und 29) und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse und der Theilnahme an einer Religionsgesellschaft. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.“ Man kommt nun zu den von der ersten Kammer als Art. 12 und 13 eingeschobenen Zusätzen, welche unter 3 Abstimmungen gebracht werden. Sie lauten: „1) Jede Gesellschaft, welche als Religionsgesellschaft auf den Schutz des Staates Anspruch macht, ist verpflichtet, ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen Gott, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnungen gegen alle Mitbürger einzuflößen; 2) die Religionsgesellschaften, so wie die geistlichen Gesellschaften, welche keine Korporationsrechte haben, können diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen; 3) die christliche Religion in ihren Hauptbekenntnissen wird als die Religion der großen Mehrheit der Bewohner des Staats, den religiös-bürgerlichen Einrichtungen desselben unbeschadet der Religionsfreiheit der Anders-Glaubenden zu Grunde gelegt.“ ad 1 wird in namentlicher Abstimmung mit 228 gegen 71 Stimmen, ad 2 eben so mit 154 gegen 144 Stimmen und endlich auch ad 3 verworfen. Ein Amendement von Weyhe, welches jene Zusätze in veränderter und modifizirter Fassung vorbringt, wird ebenfalls verworfen. Nicht minder ein zweites von Heller-Duisburg: „Die christliche Religion in ihren Hauptbekenntnissen wird den religiös-bürgerlichen Einrichtungen des Staats unbeschadet der Religionsfreiheit der Andersglaubenden zum Grunde gelegt.“ Dies fällt in namentlicher Abstimmung mit 166 gegen 131 Stimmen. Endlich wird folgender neuer Zusatzartikel des Abgeordneten von Viebahn zum Art. 11: „Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, unbeschadet der im Art. 11 gewährleisteten Religionsfreiheit zum Grunde gelegt“ in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 93 Stimmen angenommen. — Schluß 6¼ Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Berlin, 12. Nov. Der heutige Staatsanzeiger enthält folgende Verordnung:

„Nach Ihren Anträgen in dem Berichte vom 27. Oktober d. J. genehmige Ich, daß zur Fortsetzung des Baues der Ostbahn, sowie demnächst zur Verwaltung des Unternehmens und zur Leitung des Betriebes auf der Bahn nunmehr eine besondere Behörde eingesetzt werde. Dieselbe soll den Namen: „Königliche Direktion der Ostbahn“ führen, in Angelegenheiten der ihr übertragenen Geschäfte alle Befugnisse einer öffentlichen Behörde haben und von Ihnen, dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten unmittelbar ressortiren.

Zugleich bestimme Ich, daß die durch den Erlaß vom 2. Februar 1849 (Gesetz-Sammlung für 1849, Seite 127) eingesetzte Kommission für die westfälische Eisenbahn fortan den Namen: „Königliche Direktion der Westfälischen Eisenbahn“ führen soll. Dieser Erlaß ist durch die Gesetzsamml. bekanut zu machen.

Sanssouci, den 5. Nov. 1849.

Friedrich Wilhelm.

von der Heydt. von Rabe.

Der Wegebaumeister Brennhausen zu Wittenberg ist zum Landbau-Inspektor in Schweidnitz ernannt worden.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4ten Klasse 100ster königl. Klassen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 40,000 Rthlr. auf Nr. 33,028 nach Danzig bei Rotzoll; 1 Gewinn zu 5000 Rthlr. auf Nr. 40,932 in Berlin bei Alevin; 3 Gewinne zu 2000 Rthlr. fielen auf Nr. 36,232. 56,121 und 57,062 nach Königsberg in Pr. bei Borchardt und auf zwei nicht abgesetzte Loose; 34 Gewinne zu 1000 Rthlr. auf Nr. 2050. 3111. 11,731. 12,973. 14,177. 14,971.

18,570. 19,447. 20,995. 21,223. 21,928. 28,353. 30,345. 31,119. 31,319. 31,647. 34,695. 38,203. 42,039. 42,286. 44,988. 50,110. 54,795. 56,746. 59,348. 64,560. 70,165. 71,893. 76,330. 78,569. 80,158. 80,659. 81,027 und 83,440 in Berlin bei Borchard, bei Burg und 3mal bei Seeger, nach Barmen bei Holzschuher, Breslau bei Froböß und 2mal bei Schreiber, Bromberg bei George, Cöln bei Reimbold, Danzig bei Rotzoll, Halberstadt bei Sußmann, Halle bei Lehmann, Liegnitz bei Schwarz, Magdeburg bei Brauns, Merseburg bei Kieselbach, Neisse bei Jäkel, Neuß bei Kaufmann, Ostrowo bei Wehlau, Sagan bei Wiesenthal, Salzwedel bei Pflughaupt, Siegen bei Hees, Thorn 2mal bei Krupinski, nach Wesel bei Westermann und auf 8 nicht abgesetzte Loose; 44 Gewinne zu 500 Rthlr. auf Nr. 367. 1841. 5807. 5836. 8074. 9093. 11,500. 19,063. 19,312. 21,965. 24,033. 25,021. 26,527. 27,164. 27,760. 28,957. 36,757. 37,371. 38,649. 39,813. 40,237. 41,371. 41,503. 42,802. 43,269. 43,738. 44,274. 50,238. 52,955. 54,974. 57,575. 61,508. 64,501. 67,371. 68,276. 71,846. 79,631. 79,867. 80,447. 82,073. 82,903. 83,180. 83,569 und 84,396 in Berlin bei Borchardt, bei Burg, 3mal bei Matzdorff, 2mal bei Moser und 4mal bei Seeger, nach Aachen bei Levy, Breslau bei Froböß, 2mal bei Scheche und 3mal bei Schreiber, Danzig 2mal bei Rotzoll, Elberfeld bei Heymer, Halberstadt bei Sußmann, Halle 3mal bei Lehmann, Königsberg in Pr. bei Borchardt, bei Heygster und bei Samter, Magdeburg bei Brauns und bei Roch, Merseburg 2mal bei Kieselbach, Ostrowo bei Wehlau, Posen bei Bielefeld, Siegen bei Hees, Stettin bei Rolin und bei Wilsnach, Stralsund bei Claußen und auf 6 nicht abgesetzte Loose; 49 Gewinne zu 200 Rthlr. auf Nr. 583. 1527. 2596. 4563. 4977. 7285. 10,945. 11,336. 11,946. 12,509. 13,913. 15,990. 18,172. 18,528. 19,625. 20,632. 25,634. 31,010. 34,513. 35,638. 40,429. 40,985. 41,316. 42,176. 48,597. 49,373. 49,744. 50,564. 50,626. 50,675. 52,095. 52,189. 54,199. 55,014. 57,926. 59,459. 60,791. 61,500. 64,247. 66,191. 68,222. 71,470. 73,192. 74,251. 78,447. 80,152. 81,099. 84,487 und 84,543.

Angekommen: Se. Excellenz der Generallieutenant und interimistische kommandirende General des 2ten Armeekorps, v. Grabow, von Erfurt.

Abgereist: Se. Durchl. der Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, nach Kopenhagen. — Der Generalmajor und Kommandeur der 3. Kavalleriebrigade, Schach v. Wittenau, nach Stettin. Der mit einer außerordentlichen Mission am hiesigen Hofe betraute königl. dänische geheime Konferenzrath und Kammerherr Freiherr v. Pechlin, nach Wismar.

A. Z. C. [Aus den Verhandlungen der Central-Kommission der zweiten Kammer zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats pro 1849.] Die Centralkommission hat ihre Thätigkeit am 11. Oktbr. begonnen und sich in den ersten Sitzungen mit dem Ausgabe-Etat für die zweite Kammer beschäftigt, welcher bereits gedruckt und bekannt geworden ist. Demnächst schritt die Centralkommission zur Prüfung der Einnahmen aus den indirekten Steuern, welcher Gegenstand durch die zweite Spezialkommission vorbereitet war und in ihrem Namen durch den Abg. Pochhammer vorgetragen ward. Hierbei sind folgende Punkte von Interesse. In Betreff der Rübenzuckersteuer erklärte die Centralkommission ihr Billigung darüber, daß, da die beabsichtigte Erhöhung jener Steuer in dem Zollvereinslande Baden auf nicht zu beseitigende Hindernisse gestoßen sei, die Staatsregierung von rücksichtsloser Einziehung des erhöhten Steuersatzes abgestanden und vorläufig nur den geringeren Steuersatz von 1½ Sgr. eingezogen habe. Die beiläufige Frage, ob die Kommission Anlaß finde, sich gegen die Erhöhung der Rübensteuer auszusprechen, ward kurz verneint. Bei der Steuer vom inländischen Weinbau entstand die Frage, ob die Kommission die Aufhebung der Weinsteuer befürworten wolle? Die Frage wurde verneint. Bei der Mahlsteuer unterzog die Centralkommission die Rechtsbeständigkeit der provisorischen Verordnung vom 4. April 1848, wonach es gewissen Städten freigestellt ward, die Aufhebung der Mahlsteuer zu beantragen, in welchem Falle eine direkte Steuer eintreten sollte, einer Erörterung. Die Kommission war einstimmig der Ansicht, daß bei Erlaß dieser Verordnung der Krone schon nach dem Patent vom 3. Februar 1847 nicht mehr das Recht zugestanden habe, ohne Zustimmung des vereinigten Landtages eine neue Steuer auszuschreiben. Mit Verletzung dieser Rechtsgrenze habe die Verordnung eine neue Steuer eingeführt, die ohne Zustimmung der legislativen Kammern nicht als rechtsbeständig angesehen werden könne. Insofern nun dieselbe nicht durch die projektirte Einführung der Einkommensteuer ganz in der Kürze ihre Erledigung finde, werde die Regierung auf Zurückführung des gesetzlosen Zustandes Bedacht zu nehmen und insbesondere im § 6 der Verordnung aus Gründen, die nur in den damaligen Zeitverhältnissen eine vorübergehende Rechtfertigung finden würden, eingeführten Begünstigung einzelner Städte ein Ziel zu setzen haben. Bei der Stempelsteuer wurde monirt, daß in Lippstadt jetzt das Aufkommen dieser und anderer Steuern zur Hälfte zwischen Preußen und Lippe getheilt werde, während früher und namentlich vor der französischen Okkupation ein günstigeres Verhältniß für Preußen bestanden habe. Eine Prüfung der historischen Verhältnisse ergab, daß, als im Jahre 1445 die Herzoge von Kleve als Grafen von der Mark von dem Grafen von Lippe das Condominium der Stadt Lippstadt für 8000 Mark Silber erwarben, die Theilung der Einkünfte zwischen beiden stipulirt ward. Als die Grafschaft Mark mit dem Gesammteigenthum von Lippstadt im Jahre 1614 an das Haus Brandenburg kam, wurde in den ursprünglichen Rechtsverhältnissen nichts geändert, die Kurfürsten v. Brandenburg übten jedoch bald in Folge ihrer überwiegenden Macht, wiewohl unter dem Protest von Lippe, größere Rechte als die Grafen von Lippe in der Sammtstadt aus. Es erhellt dies besonders aus einem Bericht der Regierung zu Kleve vom 16. April 1783, wonach die Steuern zwischen beiden Parteien in der Art gleich getheilt wurden, daß Jeder 235 Rthlr. erhielt, Brandenburg aber außerdem noch jährlich 2440 Rthlr. unter verschiedenen Namen erhob und Lippe nur 36 Rthlr. ließ. Nach dem Tilsiter Frieden kam die Grafschaft Mark mit dem Condominium von Lippstadt an den Großherzog von Berg. Dieser führte die Streitfrage auf eine aufrichtige Gleichtheilung aller Steuern zurück und dabei beließ es Preußen, nachdem im Jahre 1813 die diesseitige Wiederbesitznahme stattgefunden hatte. Nach einem neuen Regulativ vom 30. Juli 1817 werden jetzt in Lippstadt preußische Steuern erhoben und zwischen beiden Regierungen gleich getheilt. Die Centralkommission erklärte sich damit einverstanden und verzichtete somit auch hinsichtlich der Stempelsteuer auf ein weiteres Monitum. (Fortsetzung folgt.)

√ **Berlin**, 11. Nov. [Die von Wien aus neu angeregten Hoffnungen zur Anbahnung einer deutsch-österreichischen Zoll- und Handelsunion] haben in Deutschland zwei Ansichten hervorgerufen. Auf der einen Seite ist man geneigt, in den „Vorschlägen" ein bloßes Ausstrecken der diplomatischen Fühlhörner, ein Tastmanöver zu erblicken, dessen Zwecke in einer ganz entgegengesetzten als der scheinbaren Richtung zu suchen sein soll. Einige gehen so weit, die „Vorschläge" geradezu als den Erisapfel zu bezeichnen, den das österreichische Kabinet in das Dreikönigsbündniß geschleudert habe, um es vollends zu lockern. Von dieser Seite wird etwa so argumentirt: der Zollverein kann und darf den Anschluß Oesterreichs nicht mit dem Verluste der norddeutschen Küstenplätze erkaufen; Oesterreich selbst kann die Fäden, welche zwischen seinen heterogenen Elementen die einzig haltbaren sind, nicht durchschneiden, indem es die Zolllinie gegen Deutschland aufhebt. Es ist leicht ersichtlich, warum die also raisonnirende deutsche Freihandelspartei die Unzweckmäßigkeit und Unthunlichkeit einer deutsch-österreichischen Handelsunion a priori darzulegen sich bestrebt. Die Union, der erste Schritt zu dieser Union, wäre der entschiedenste Schlag auf ihr Haupt; sie dürfte davon nie wieder erstehen. Glücklicherweise hängt von ihr die Bildung der öffentlichen Meinung in Deutschland über die große in den Vorschlägen berührte Lebensfrage nicht ab. Ihr gegenüber fällt das Urtheil derer, welche, im Gegensatz zu unsern Freihändlern, die materielle Einigung des großen deutschen Vaterlands für das beste Mittel ansehn, die Nation stark und selbstständig zu machen, und die Möglichkeit der Ueberwindung aller diesem Werke im Wege stehenden Schwierigkeiten einsehen, weil sie die inneren materiellen Zustände des Landes besser kennen, als die Hamburger Importeurs und Konsorten, auch in die Wage und dürfte sehr bald den Ausschlag geben. Die Schutzzollpartei wird es nicht unterlassen, in dieser hochwichtigen Angelegenheit ihr Votum abzugeben. Der Ausschuß des allgemeines deutschen Vereins zum Schutz der vaterländischen Arbeit läßt in den nächsten Tagen eine Denkschrift über den deutsch-österreichischen Handels- und Zollverein erscheinen, auf welche wir unsere Leser im Voraus aufmerksam machen möchten. Der genannte Ausschuß hat es begriffen, daß seine Partei als Faktor der Vermittelung zwischen Deutschland und Oesterreich in dieser Kardinalfrage handeln muß, und dies wird ihm gewiß hüben und drüben Dank gewußt werden.

A. Z. C. **Berlin**, 12. November. [Städtisches Fest. — Auswanderungs-Verein.] Obwohl der Namenstag der Königin mit dem Jahrestag der Städteordnung auf den 19. November zusammenfällt und dadurch der Feier des Letzteren regelmäßig Eintrag thut, so dürfte er doch in diesem Jahre ganz besonders glänzend und zahlreich begangen werden. Man scheint diesmal in die Feier dieses Tages eine Demonstration für Beibehaltung der alten Städteordnung und gegen Einführung der neuen Gemeindeordnung von 1849 — welche freilich zunächst nur erst im Entwurf existirt — legen zu wollen. Es sind bei dem zur Leitung des Festes von der Stadtverordneten-Versammlung niedergesetzten Komité bereits außerordentlich viel Anmeldungen eingegangen und täglich folgen neue. Als Ehrengäste werden eingeladen werden die sämmtlichen Staatsminister, der General v. Wrangel, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, der Polizeipräsident von Berlin, die Präsidenten beider Kammern und der Gutsbesitzer von Groß-Beeren, Herr v. Briesen. Hinsichtlch des Letzteren ist diese Einladung eine jährliche Gegenartigkeit für die Einladung, welche er seiner Seits alljährlich an die Stadtbehörde zum Jahresfest der Schlacht von Groß-Beeren ergehen läßt. Die Zahl der offiziellen Toaste an dem Städte-Fest ist vier. 1. auf Friedrich Wilhelm III., den Verleiher der Städteordnung, und Friedrich Wilhelm IV., ausgebracht durch den Bürgermeister; 2. auf die Königin, ausgebracht durch den Stadtverordneten-Vorsteher; 3. auf den Prinzen von Preußen und das königliche Haus, ausgebracht durch einen Stadtrath; 4. auf die Ehrengäste, ausgebracht durch einen Stadtverordneten. — Eine bedeutende Anzahl von Abgeordneten beider Kammern, darunter die Herren Diergardt, v. Olfers, vom Rath, Graf Schwerin, v. Auerswald, Graf v. Fürstenberg-Stammheim, v. Ammon, v. Vinke, Herzog von Ratibor, Graf Helldorf, Graf v. Zieten, Milde und Andere haben sich vereinigt, um einen „Verein für deutsche Auswanderung und Kolonisation" zu gründen. Ihnen ist die großherzoglich hessische Regierung durch ihren Bevollmächtigten Herrn v. Kempis und eben so die großherzoglich badische Regierung durch den Freiherrn v. Meysenbug beigetreten. Die Genannten sind durch die hundertmal vernommenen Uebelstände, welche die Regellosigkeit der Auswanderung für das Vaterland, wie für die Auswandernden erzeugt, zu ihrem Vorhaben veranlaßt worden, dessen Zweck sie folgendermaßen formuliren: 1. die Deutschen auch jenseits des Meeres mit Rath und Hülfe zu begleiten; 2. ihnen neue Wohnstätten, vorzugsweise an den Ufern der Meere oder Ströme zu bereiten, wo sie in Sitte, Gewohnheit und Bildung, wo möglich auch vom Klima unterstützt, in der Fortsetzung gewohnter Lebensweise und Beschäftigung Deutsche bleiben können, und 3. sie dadurch in geistigem, wie im materiellen Verkehr mit dem Mutterlande zu erhalten. Es soll die Emigration nicht zum Nachtheil des Vaterlandes befördert, sondern nur die unvermeidliche ins Auge gefaßt und dabei nicht auf wucherischen Gewinn gerechnet, sondern sogar im Anfang ein kleines Opfer nicht gescheut werden. Für später wird eine angemessene Rente des anzulegenden Kapitals in sichere Aussicht gestellt. Der eben publicirten Einladung zu diesem Unternehmen ist ein Statutenentwurf beigefügt, wonach der Verein unter dem Schutz und Beistande der deutschen Regierungen, vornehmlich Preußens, für die obengedachten Zwecke wirken wird. Der Sitz des Vereins ist Berlin; in den Provinzialhauptstädten und den wichtigsten Häfen sollen Zweigvereine angelegt werden. Es sollen Territorial-Erwerbungen erfolgen, welche billig unter die Auswanderer vertheilt werden. Das Gesellschafts-Kapital wird vorläufig auf 200,000 Thaler à 100 Thaler festgestellt. Die Leitung des Vereins hat ein Verwaltungsrath von zwölf Mitgliedern und ein aus dessen Mitte gewählter Verwaltungsausschuß von 3 Mitgliedern. Jährlich ist eine Generalversammlung, in welcher 1—5 Aktien 1 St., 16—20 Aktien 4 Stimmen geben. Darüber hat der Inhaber 5 Stimmen, aber nie mehr. Sobald 500 Aktien gezeichnet sind, soll die konstituirende General-Versammlung berufen werden. Nach dieser General-Versammlung sind 5 pCnt. einzuzahlen, um die Materialien zu einem weiteren Bericht zu sammeln. Nach Anhörung dieses Berichts kann jeder Aktionär noch wieder vom Verein zurücktreten.

P. C. [Budget-Kommission.] Trotz aller Arbeit schreitet die Untersuchung nur langsam vor. — Wir möchten empfehlen, die Rechnungen nicht bloß in calculo zu revidiren, sondern auch die Grundsätze der Verwaltung schärfer zu kritisiren. — Bei näherer Analyse sind z. B. die Prinzipien der Domainen der Berg- und Salzmonopol-Verwaltung durchaus unhaltbar zu nennen! — Es gilt nicht mit der Laterne den Groschen zu suchen, sondern durch gesunde Ideen Reformen unter Millionen herbeizuführen! — Von den 47 Positionen des 1sten Bandes ist erst ⅓ erledigt; der 2te Band (welcher die Ministerien des Ackerbaues, der Geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten und — das Kriegsministerium mit 26 Millionen enthält) — ist noch terra incognita! In solcher Weise kann die Arbeit nicht beendigt werden, oder Alles wird en bloc genehmigt!! In England arbeiten die Kommissionen selbst während der Sitzungen des Hauses und dazu wird es bei uns auch noch kommen müssen. — Geben die Referenten nicht gründlichere Nachweise in der Kammer wie die Protokolle, so werden sie einen herben Stand haben! — Der Fehler unserer Verfassung ist: daß der Rechnungshof, nicht wie in Belgien, unter dem Einflusse der Kammern steht. Hannover hat seine Schatzräthe. Solche Leute sind informirt und können dem Finanzminister Schach bieten. Aus diesem Holze schnitzt man geeignete Kommissionen.

P. C. [Papiergeld.] Deutschland scheint insofern einig zu sein, daß alle kleinen Potentaten sich damit beschäftigen, große Summen von Papiergeld zu fabriziren. Die preußischen Enclaven sind der Tummelplatz dieser lumpenhaltigen Thaler und unausbleiblich muß bei der ersten Stockung das Land in großen Schaden gerathen. In Halle soll bereits ein Sortiment von zwanzig verschiedenen Papierwährungen sich im Handel zeigen. Der Privatmann kann diesem Umfange nicht steuern, und erscheint es dringende Pflicht des Staates, diesen Schwindel zu überwachen. — Ein Verbot ohne Weiteres zu erlassen, würde allerdings nicht statthaft erscheinen. Allein Niemand könnte es der Regierung verargen, wenn sie nur solchen fremden Papieren die Zirkulation gestattete, deren Betrag, Kontrole und Einlösefonds öffentlich bekannt gemacht wäre. Die Thatsache steht fest: fremde Papiere überfluthen unsern Markt und unbenutzt liegen die Baarschaften in der Bank, jene Noten verdienen ihren Vätern die Zinsen, welche dem Metalle gebühren. — Aus übertriebener Vorsicht hielt die Regierung die kleinen Banken im

igenen Lande zurück, obgleich sie diese strenge kontroliren könnte und die Strafe folgt uns auf dem Fuße in Gestalt der ausländischen Zettel. — Die einzelnen Thalerscheine sind die gefährlichsten, ihre Zahl ist Legion und Niemand giebt sich die Mühe, sie bei der betreffenden Bank zur Einlöse zu präsentiren. Kommt sie Stunde der Krise, so werden sie wie ein Schneegestöber erscheinen und die allgemeine Verwirrung bedenklich vermehren. Es gilt also zeitig auf Mittel zu sinnen, dieses fremde Unkraut aus unserm Weizen zu schaffen, damit nicht dem Nationalvermögen ein empfindlicher Verlust in Aussicht gestellt werde. — So wie man die Thaler-Noten beseitigte, würden sofort die blanken Thaler sich in Bewegung setzen und den Geldumlauf reguliren. — Jede Note muß durchaus die Natur eines Sicht-Wechsels haben, d. h. irgend Jemand muß verpflichtet sein, sie gegen baar auf Verlangen einzulösen.

C. C. [Untersuchungen.] Von dem Anklage-Senat des königl. Appellations-Gerichts sind die Mitglieder der aufgelösten National-Versammlung Bucher zu Stolp, Bading I. und Schulz in Wanzleben, weil sie den Steuerverweigerungs-Beschluß vom 15ten November v. J. zur Ausführung zu bringen suchten, wegen versuchten Aufruhrs in Anklagestand versetzt.

C. C. [Die Kommission der 2. Kammer für Revision der Verfassung] hat ferner Bericht erstattet, betreffend Tit. II. Art. 17—23. Bei Art. 17 und 19 empfiehlt sie die Beibehaltung der ursprünglichen Fassung, bei Art. 18, die Annahme der von der ersten Kammer beliebten Abänderung, ohne jedoch aus dem zweiten Alinea einen neuen Artikel zu bilden. Bei Artikel 20 beantragt sie hinsichtlich des ersten Alinea ebenfalls die Annahme der Abänderung der ersten Kammer, will jedoch das zweite Alinea in der ursprünglichen Fassung, mit dem Zusatz, **daß die öffentlichen Lehrer nicht allein die Rechte, sondern auch die Pflichten der Staatsdiener haben sollen**, wieder hergestellt wissen. Bei Art. 24 wird, mit Auslassung der ersten Alinea, **wonach die konfessionellen Verhältnisse bei Einrichtung der öffentlichen Volksschulen möglichst berücksichtigt werden sollen**, die Annahme der von der ersten Kammer beschlossenen Fassung, jedoch mit Abänderungen in der Redaktion, zur Annahme empfohlen, ebenso bei Art. 23. In Betreff des Art. 22 endlich schlägt die Kommission vor, ihn in der urprünglichen Fassung beizubehalten, jedoch mit folgender Enschaltung „**Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Lokal-Verhältnissen angemessenes Einkommen.**“

C. B. [In der heutigen Schwurgerichts-Sitzung] wurde gegen den Schuhmacher Maschewski von hier und den Müller Ladenburg aus Zielsdorff die Anklage wegen Falschmünzens verhandelt. Die Angeklagten hatten Zwei-Thaler-Stücke, 1/12 und 1/30 Stücke angefertigt und im Betrage von 7 Thlr. davon ausgegeben, wobei sie entdeckt und die Formen und Werkzeuge bei ihnen gefunden wurden. Durch vielseitige Zeugen-Aussagen wurde das Faktum erläutert und die Geschworenen sprachen mit 7 gegen 5 Stimmen das Schuldig aus. Der Staatsanwalt beantragte 6 Jahr Strafarbeit, der Vertheidiger Dr. Stieber 4 Jahr Festungsarbeit. Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagten zum Verlust der Nationalkokarde, 70 Thlr. Schadenersatz und außerdem den Maschewski zu 5 und den Ladenburg zu 3 Jahr Zuchthausstrafe.

β **Königsberg**, 10. Nov. [Räuberbande unter Führung des berüchtigten Raudons Crotinus in Lithauen. — Johann Jakobi.] Nachdem der gefürchtete Räuberhauptmann Raudons Crotinus ein geborner Lithauer, der indeß der deutschen und russischen Sprache vollkommen gewachsen, aus dem Gefängnisse entsprungen ist, hört man unausgesetzt wieder von Gewaltthätigkeiten, die seine Bande in der Gegend zwischen Tilsit und Memel verübt. Die Frechheit dieses jungen verschlagenen Mannes und seines Gehülfen Vensakis (Einauge) übersteigt alle Begriffe. Bald führt er Razzias in Rußland, bald bei reichen diesseitigen Besitzern aus. Kürzlich hat er Einquartirungen von seinen Genossen in Dörfer gelegt, die alle ihre Bedürfnisse baar entrichtet haben, später selbst eine Rundreise gehalten, um sich von der Führung seiner Genossen zu überzeugen. Selbst mit Kosaken-Abtheilungen hat seine aus circa 30 Mann bestehende Bande schon angebunden. In Folge vielfacher Beschwerden dortiger Bewohner geht morgen ein Kommando von 200 Mann vom 3. Infanterie-Regiment nach der Gegend von Wischwill ab, um Crotinus in dem Junaschen Forste, woselbst er sein Hauptquartier hat, aufzuheben. Gleichzeitig sind russische Militär-Behörden requirirt in Uebereinstimmung mit dem preußischen Militär von der russischen Grenze aus Militär Abtheilungen operiren zu lassen. — Bei der großen Verschlagenheit des Crotinus zweifelt man indeß allgemein, daß diese Maßregeln zu dem gewünschten Erfolge führen werden. — Daß der Prozeß Johann Jakobi's am 2. Dezember wird verhandelt werden, steht nunmehr fest. — Wenn von ganz unbemittelten Personen Betrügereien verübt werden, die lediglich die Beschaffung des nothdürftigsten Lebensunterhalts zum Zwecke haben, so finden wir dies verwerflich und strafbar; um so scheußlicher müssen uns betrügerische Handlungen erscheinen, die von wohlhabenden Personen lediglich zu ihrer Bereicherung begangen werden. Leider ereignen sich dergleichen Fälle hier nur zu oft und es wird ein Raffinement zu Tage gefördert, wie man es in großen Weltstädten nur antreffen zu können glaubt. Abgesehen von den muthwilligen Bankerotten, die nicht selten den Betroffenen ausreichende Subsistenzmittel für die Lebenszeit sichern, sind namentlich in neuerer Zeit, nachdem das Uebertragen des Vermögens auf die Frau erfolgt war, von Personen, die sich zu den gebildeten Ständen zählen, Gaunereien verübt worden, die so schlau betrieben sind, daß sie trotz ihrer Offenkundigkeit doch vor den Gerichten werden muthmaßlich ungeahndet bleiben.

[Bürgerwehr.] Vorgestern Abend haben die Führer der hiesigen Bürgerwehr eine Versammlung abgehalten, in der darüber berathen wurde, ob es für die jetzige Zeit rathsam sei, die Waffen abzuliefern. Es wurde endlich der Beschluß gefaßt, einen Antrag an den Magistrat zu richten und denselben zu bitten, **für die Sistirung der Ablieferung der Waffen zu sorgen, bis die neue Gemeindeordnung erlassen wäre. Als Grund dafür ist die angeblich schroffe Stellung der politischen Parteien und die gesetzliche Verpflichtung der Stadt-Kommune zum Schadenersatz bei Tumulten angegeben.** (Reform.)

Koblenz, 10. Novbr. [Der Prinz von Preußen.] Um die gestrige Mittagszeit ließ der Prinz von Preußen abermals ein Bataillon des 25. Regiments so wie einen Theil reitender und Fußartillerie nach der Paradeaufstellung und dem Vorbeimarsch, welcher in der Schloßstraße stattfand, vorexerciren. Gestern Abend wohnte derselbe dem zahlreich besuchten Konzerte des Musikinstituts im Gymnasialsaale bei. Diesen Mittag speist der Prinz bei dem kommandirenden General Hirschfeld und wird diesen Abend dem Balle im Civil-Casino beiwohnen. Morgen früh 7 Uhr wird er in Begleitung des Oberpräsidenten, Herrn Eichmann, mit dem Dampfboot nach Köln und Düsseldorf abreisen und am 21. oder 22. d. wieder hierher zurückkommen, bis wohin auch dessen Gemahlin eintreffen wird, um diesen Winter hier zu residiren. Das Gerücht spricht davon, daß der Prinz nicht im hiesigen Schlosse, sondern auf Stolzenfels residiren werde. — Wir erfahren aus zuverlässiger Hand, daß die dem Vorstande des Civilcasinos und Musikinstitutes vom Prinzen von Preußen ertheilte Audienz eine höchst interessante zu nennen war. Der Prinz soll sich darin auf eine unumwundene Weise, nahe eine halbe Stunde, mit den Vorständen über die Zeitumstände besprochen und dabei besonders die herrschende Glaubenslosigkeit, das Verschwundensein der Religion als Hauptursachen der Revolutionen, wobei derselbe auf einen Nachbarstaat hingedeutet haben soll, angeführt haben. Diesem Uebel müsse aber abgeholfen werden, und dies geschehe namentlich durch eine gute religiöse Bildung der Jugend. Besonders schmerzlich habe den König das Verhalten eines Theiles der Bevölkerung der Stadt Koblenz bei dem Ausmarsche des 29. Regiments berührt; aber das Bataillon dieses Regiments, welches in Baden mitgefochten, habe durch seine Tapferkeit und Treue Alles wieder gut gemacht. Der Prinz soll sich noch weitläufiger über die stattgehabten Wühlereien in nachdrücklicher Rede ausgesprochen und dabei auch geäußert haben, Alles aufzubieten, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die Deputation erhielt hierauf die Zusicherung des Besuches bei dem Konzerte des Musik-Instituts so wie des Balles im Civilcasino. (Moselz.)

Deutschland.

Frankfurt, 9. Novbr. [Interim.] Wie man aus guter Quelle vernimmt, ist auch von Seiten der hannoverschen Regierung die Zustimmung zu dem zwischen Preußen und Oesterreich am 30. Septbr. abgeschlossenen Vertrage wegen Bildung einer neuen provisorischen Centralkommission beim Reichsministerium eingetroffen. (F. J.)

△ **München**, 10. November. [Ministerkrisis. Garnisonswechsel.] Die beiden Prinzen Wilhelm und Adalbert von Preußen verweilen seit zwei Tagen in Nymphenburg und besuchen allabendlich in Gesellschaft des Königs und der Königin das hiesige Hoftheater. — Graf Bray, der vormalige Minister des Aeußern, wurde von seinem Landgute Irlbach auf Befehl des Königs nach Nymphenburg berufen, wo derselbe gestern Abend ankam und noch eine längere Audienz hatte. Diese schleunige Berufung hat offenbar ihren Grund in einer neuen Ministerkrisis, die durch die Veröffentlichung der Schwarzenberg'schen Denkschrift von Seite des baierischen Ministeriums herbeigeführt wurde, da deshalb die österreichische Regierung eine sehr nachdrückliche Note hierher gesendet hat. — Minister v. d. Pfordten ist bereits krank. — Die Garnisonen aller pfälzischen Städte, als: Landau, Germersheim, Kaiserslautern, Zweibrücken und Speyer werden ins diesseitige Baiern und dagegen die Garnisonen von Würzburg, Nürnberg, Baireuth, Amberg und Burghausen, in die Pfalz verlegt. Dieser Wechsel wird alle zwei Jahre stattfinden.

Kassel, 9. Novbr. [Landtag.] In der Stände-Versammlung stellte heute Abg. Cöster wiederholt den Antrag auf Mittheilung über den Stand des Dreikönigsbündnisses und der Centralgewalt so wie Vorlage aller darauf bezüglichen Aktenstücke und Verhandlungen. Dies erweckte eine längere Diskussion, in deren Verlauf der Landtags-Kommissar die (von uns gestern bereits als grundlos bezeichneten) Nachrichten der Weser- und Kölnischen Zeitung über von dem Bündnisse vom 26. Mai ableitende Erklärungen Kurhessens zu Berlin entschieden für unwahr und unbegründet erklärte. Auf einen vermittelnden Antrag des Abg. Gräfe wurde vorerst der Druck der Regierungsmittheilung beschlossen. (K. A. Z.)

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Aus Holstein, 10. Novbr. Wenn man sich die Frage stellt, ob die von den Deputationen aus dem Lande am letzten Montage in Kiel geführte kriegerische auch wirklich die Stimme des Landes sei, so stehen wir keinen Augenblick an, diese Frage mit einem unbedingten Ja zu beantworten. Nicht als ob wir uns aus dem Erscheinen und den Anträgen der 75 Deputirten an sich schon berechtigt hielten zu solcher Behauptung; denn das gesammte Land war durch dieselben keinesweges vollständig vertreten, aus Holstein fehlten viele Orte und Distrikte ganz, aus den bedeutendsten Städten des Landes waren nur Abgesandte demokratischer oder sogenannter Bürgervereine zugegen. Noch weniger als wir unser Volk für so kriegerisch hielten, daß es aus lauter Lust und Liebe zum Kriege selbst solchen Anträgen beistimmte. Nein, aus dem ganz einfachen Grunde, weil das Volk in seinen höheren als auch den weniger intelligenteren Schichten sehr wohl begreift, **daß der jetzige Zustand sowohl in Schleswig als in Holstein jedenfalls weit empfindlicher und drückender für das Land ist, als der Krieg selbst.** Würde man die Möglichkeit sehen, durch einen anständigen Frieden, selbst mit namhaften Opfern, z. B. Abtretung von Nordschleswig, den Wirren ein Ende zu machen, so sind wir überzeugt, daß trotz alles Geschreies in radikalen Blättern die Mehrzahl aller Derjenigen, welche überhaupt in Betracht kommen, gegen Fortsetzung des Krieges sein würde. Da es aber den Anschein gewinnt, als ob man die Anfangs als vorübergehend betrachteten Zustände in den Herzogthümern perpetuiren will, da namentlich die anarchischen Zustände in Schleswig täglich eine größere Ausdehnung gewinnen, so erhält der Krieg täglich immer mehr Anhänger. Wir wissen nicht, welche Beschlüsse die Vertreter unseres Landes in ihrer letzten Sitzung gefaßt haben, aber wir sind überzeugt, daß sich im Ganzen die Ansicht des Landes in diesen Beschlüssen abspiegelt. — **Unsere Armee, so kampftüchtig wie eine, ist jetzt auf 30,000 Mann angewachsen, für die Küstenvertheidigung in Holstein ist hinreichende Sorge getragen, die Jahreszeit ist der Seemacht Dänemarks nicht günstig, Preußen kann und wird der selbstständigen Aufnahme des Krieges nichts in den Weg legen,** und so werden wir binnen Kurzem das Schauspiel erblicken, daß der nördlichste deutsche Stamm, ohne materielle Hülfe, aber nicht ohne die Sympathien seiner durch eine unglückliche Regierungs-Politik zur Unthätigkeit verdammten deutschen Brüder, seine althergebrachten Rechte im blutigen Kampfe vertheidigen wird. — Nach sicheren Nachrichten ist die Anzahl derjenigen preußischen Offiziere, welche bei dem Ausbruche des Krieges ihre hiesige Stellung zu verlassen genöthigt sein würden, eine sehr geringe. Auch zweifeln wir nicht, daß es binnen Kurzem gelingen werde, einen Obergeneral für unser Heer zu gewinnen. (H. C.)

Aus dem Sundewitt, 9. Novbr. Die zur Untersuchung der Zerstörung der Düppeler Schanzen angeordnete Kommission wird heute Gravenstein verlassen, indem das schleswig'sche Obergericht mit Rücksicht auf die fortdauernde Widerspenstigkeit des sonderburger Magistrats die einstweilige Suspension der Kommission verfügt hat. (D. T.)

Oesterreich.

⊠ **Wien**, 11. November. [Oesterreich, Preußen und der Bundesstaat.] „Das Heil soll uns von Deutschland kommen!“ Das ist der Trost, den alle Patrioten (ich meine hier nicht die speichelleckerischen schwarzgelben Bandwürmer) in stiller Brust hegen und pflegen, und der sie antreibt, die deutsche Frage in allen ihren Wandlungen unverrückt im Auge zu behalten. Ein einiger deutscher Bundesstaat sichert allein für Deutschland die Freiheit und die konstitutionelle Verfassung, von einem innigen Anschlusse Oesterreichs an Deutschland hoffen wir gleichen Gewinn für uns, da wir einmal zum einheitlichen Staate und zur politischen Trennung von Deutschland verurtheilt sind. Deshalb haben wir die Absicht, der Regierung in Bezug auf eine Zolleinigung mit Deutschland mit Freuden begrüßt, denn außer den merkantilischen und industriellen Vortheilen, die uns etwa daraus erwachsen möchten, haben wir vorzüglich den geistigen Aufschwung und die größere politische Ausbildung im Auge, die der ungemein gesteigerte innige Verkehr mit dem hierin mehr vorgeschrittenen Deutschland nothwendig herbeiführen muß, und die unseren großen Massen noch so außerordentlich Noth thut. Hat unsere Regierung aber diese erfreuliche Aussicht auf eine Zolleinigung nur als Lockspeise für die süddeutschen Staaten

hingeworfen, um diese noch enger an Oesterreich zu ketten und dem deutschen Bundesstaat ein Grab zu bereiten, so könnte sich der Spruch an ihr erfüllen, daß, wer Anderen eine Grube gräbt, oft selbst hineinfällt. Diese Lockspeise dürfte ein gewaltiges Hemmniß auf jeder Bahn werden, die wo anders hin führen soll, als zu einem wahrhaft konstitutionellen Leben, die Regierung dürfte mit Schrecken gewahr werden, daß Völker sich nicht narren lassen, wie abgerichtete Pudel und Affen, und daß wir die gebotene schöne Aussicht werden festzuhalten wissen. Die nächsten Provinzial-Landtage, deren Abhaltung nicht zu umgehen sein wird, dürften hierüber eine sehr kräftige Sprache führen, und der Regierung die, vielleicht unerwünschte, Ueberzeugung beibringen, daß sich der Geist weder durch Standrecht, noch durch Kriegsgerichte dämpfen läßt. — Wie sieht es aber mit dem deutschen Bundesstaate aus? Der gegenwärtige Standpunkt gewährt eben keinen erfreulichen Anblick. Die württembergische Regierung bezeigte große Neigung, sich der Verfassung vom 28. Mai anzuschließen, als plötzlich der Sturz des Ministeriums Römer diese erfreuliche Aussicht wieder verdunkelte. Man gebrauchte das Ministerium Römer, als es für die Frankfurter Reichsverfassung und gegen das Dreikönigsbündniß stritt. Das letztere war die Hauptsache, das erstere konnte man ihm als eine unschuldige Spielerei gönnen. Als es sich aber zu dem engeren Bundesstaate hinneigte, um doch wenigstens Etwas zu erringen, da konnte es ferner nicht länger an der Spitze der Verwaltung stehen, ein Wind aus Oesterreich blies es um. In Baden, gegenwärtig von Preußen okkupirt, regt sich die kleine aber energische und mächtige ultramontane Partei, um auch hier den preußischen Einfluß zu vernichten und es nöthigenfalls durch eine Katastrophe in die Arme Oesterreichs und Baierns zu führen. Welche Siege die österreichische Diplomatie in den sächsischen und hannoverschen Kabinetten über Preußen errungen hat, ist bekannt, und die neuesten Schritte Hannovers und Sachsens dokumentiren dies immer mehr. Auch mehrere der kleineren Staaten sind bereits stutzig geworden und wollen wissen, wie es denn eigentlich mit dem Bundesstaate steht, und wenn es auch zur Lostrennung noch nicht gekommen ist, so kann sie doch ein einziger Fehlgriff Preußens herbeiführen. Preußen hat im Jahre 1849 einen großen, unverzeihlichen Fehler begangen, nämlich den: daß es sich an die **Kabinette** statt an das **Volk** gewendet hat; es hat sich einen Schauplatz zum Handeln gewählt, wo es bis jetzt noch stets von Oesterreich geschlagen worden ist und auch künftig geschlagen werden wird, wenn ihm nicht das Volk, das stolz zurückgewiesen wurde, zum Siege verhilft. Unverzeihlich ist dieser Fehler, da jedes Blatt der Geschichte, so lange ein Königthum Preußen existirt, mit unauslöschlicher Schrift lehrt: Preußen hat unter den Fürsten nie wahre Freunde gehabt, dagegen aber stets die Sympathie der Völker. Diese Sympathien wird Preußen zu einem unzerreißbaren Bande erheben, wenn es unaufhaltsam auf der Bahn der politischen Ausbildung vorschreitet und kühn jedes Hinderniß auf dieser Bahn angreift. Fortschritt und kraftvolle Energie sind zwei Dinge, welche das deutsche Volk unwiderstehlich und unauflöslich an den kettet, der sie übt, denn das erstere bringt ihm Heil und das letztere weckt Vertrauen und Hingebung. Will Preußen aufrichtig den Bundesstaat, dann mag es offen und kühn darauf losschreiten, aber auch in seinem eigenen Staate einen freien, wahrhaft konstitutionellen Geist walten lassen. Das deutsche Volk wird mannhaft ihm zur Seite stehen und alle Intriguen in den Kabinetten zu Schanden machen. Wenn aber Stimmen laut werden, wie neulich in dem Organe des hannoverschen Ministers, welches offen sagte: daß Preußen ein Grundrecht der deutschen Stände, das Steuerbewilligungsrecht, fallen lassen wolle und daß es keinem deutschen Staate gelüsten könnte, ein Volk an die Spitze der deutschen Nation zu stellen, welches auf diese Weise ein uraltes Recht opfere, — dann ist es schlimm, wenn solcher Tadel wahr ist, und bis jetzt haben die preußischen Kammern die Hannoversche Ztg. noch nicht widerlegt! — Mögen die preußischen Minister solche nichtpreußische Stimmen wohl beachten, und wenn neulich in der baierischen Kammer der preußischen Regierung Schwanken, Zögern und Unentschiedenheit vorgeworfen worden ist, da, wo es galt, rasch und entschieden zu handeln, so möge sie gerade durch das Gegentheil beweisen, daß der baierische Abgeordnete im Irrthum war. Nichts aber ohne das eine Ziel aus dem Auge zu verlieren, nämlich „Vorwärts!"

8 **Wien**, 11. Novbr. [Die deutsche Reichs-Verfassung. Die Aufstellung der österreichischen Armee. Gewerbliches. Die Explosion zu Arad.] Nunmehr die Ernennung des Baron Kübeck und des Feldmarschall-Lieutenants Schönhals zu Mitgliedern der deutschen Central-Kommission auch in der Amtszeitung kund gemacht worden, verschwinden die Zweifel derjenigen, welche an die Verlebendigung des zwischen Oesterreich und Preußen abgeschlossenen Bundesvertrages nicht glauben mochten, sondern die Sache abermals nur als einen diplomatischen Schachzug zu betrachten geneigt waren. Ueber die Politik, deren Hauptwerkzeug diese Bundeskommission sein wird, kann gar kein Zweifel obwalten, denn wie revolutionär auch vielleicht in Bezug der Souveränetät der Klein-Staaten vorgegangen werden dürfte, in jeder anderen Beziehung wird die Restauration ziemlich unverhüllt auftreten. Schon zeigt sich die Richtung des Windes in der Beseitigung der März-Ministerien in allen kleineren Staaten Deutschlands, denn wie Römer in Württemberg, so werden Eberhard und Jaup in den beiden Hessen nachfolgen und selbst Stüve und von der Pfordten in Hannover und Baiern, denen gewiß Niemand den Umstürzler ansieht, erwartet kein besseres Loos. Ist diese Region gereinigt, dann werden jene organischen Gesetze ins Leben treten, welche das Glück der Gesammtnation begründen sollen, nachdem die Arbeit der National-Versammlung als eine vergebliche erkannt worden und jene militärischen Aufstellungen in Thüringen, Baden und am Rhein, so wie in Böhmen und Vorarlberg haben jedenfalls den Zweck, zur Durchführung der oktroyirten Reichs-Verfassung zu dienen, für welche sich kaum begeisterte Freischaaren erheben dürften. — Die Detaillirung der vier k. k. Armeen gibt wohl den besten Ueberblick der österreichischen Streitkräfte, die allerdings imposant sind, allein nichts weniger als durchaus zuverlässig sind. Die erste Armee unter dem Feldzeugmeister Graf Wratislaw in Wien zählt 111 Bataillone, 119 Eskadrons mit 233 Geschützen nebst Abtheilungen technischer Truppen; die zweite Armee unter Radetzky in Verona besteht aus 128 Bataillons, 30 Eskadrons mit 228 Kanonen; die dritte Armee unter Baron Haynau in Ofen zählt 94 Bataillone, 118 Eskadrons nebst 213 Kanonen; die vierte Armee endlich unter Baron Hammerstein in Lemberg besteht blos aus 28 Bataillonen, 16 Eskadrons, mit 74 Geschützen. Die Militärgrenze mit den Königreichen Kroatien, Slavonien, Dalmatien und der serbischen Woywodschaft liefert die fünfte Armee, welche der Banus befehligt und über die noch nicht die Detailausweise vorliegen. Man sieht aus den obigen Ziffern, daß das in Italien stehende Heer das stärkste ist, weil dort der Zusammenstoß mit Frankreich zu befürchten steht, die schwache Vertretung des Reiterelements ist dort von den Terrainverhältnissen bedingt, da der durchschnittenere Boden Italiens die Verwendung bedeutender Kavaleriemassen gar nicht gestattet. Desto stärker tritt dieses Element bei der in den deutschen Erbländern stationirten ersten Armee hervor, weil der Terraincharakter der meisten Gegenden Deutschlands eine lohnende Benützung der Kavalerie zuläßt, desgleichen in Ungarn, weshalb auch die dritte Armee eine namhafte Reiterei zugetheilt erhielt. Die Schwäche der vierten Armee, die in Galizien garnisonirt, hat ihren Grund theils in der schlagfertigen Nähe der Russen, theils aber auch in der nationalen Zerrissenheit des Volkes, da der Hader zwischen Polen und Ruthenen in der letzten Zeit grimmig geworden und der Aufstand des einen Volkes leicht durch den Landsturm des andern bekämpft werden könnte. — Der hiesige Gewerbsverein hat in der Person der Herren Damböck und Manner zwei Ablegaten zu der in Petersburg stattfindenden Industrie-Ausstellung gesendet, durch die man einen genauen Bericht über den Standpunkt des russischen Gewerbfleißes zu erhalten hoffen darf, da sie auch den Auftrag haben, Mustereinkäufe zu bewerkstelligen. — Der Festungskommandant von Arad, General Howiger, welcher jüngst durch eine Explosion unter seiner Wohnung eine Beinzerschmetterung erlitt, ist endlich nach langen Leiden gestorben. Ueber jene Explosion ist noch immer kein amtlicher Bericht veröffentlicht, und man hält sie allgemein für einen Akt der Rache wegen der Hinrichtung der 13 ungarischen Generale in Arad.

* **Wien**, 12. Nov. [Unruhige Stimmung in Wien.] Es ist unverkennbar, daß die Stimmung in allen Vorstädten eine sehr drückende ist. Alle Drangsale des vorigen Jahres scheinen vergessen. — Unsere Radikalen, denen seit kurzer Zeit viele Journale der Hauptstadt verfallen sind, tragen die Schuld der sichtbar gereizten Stimmung der Bevölkerung. Vorgestern Abend wurden in mehreren öffentlichen Lokalen der Vorstädte Spottlieder auf die Regierung, in welche das ganze anwesende Publikum einstimmte, gesungen, und dabei spielte das vom vorigen Jahre her wohlbekannte Fuchslied eine Hauptrolle.

[Eine Verschwörung und Hurter.] Die Deutsche Reform theilt einen merkwürdigen Brief aus Wien, 8. Nov., mit, ohne dessen Inhalt vertreten zu wollen. Wir entnehmen demselben folgendes Thatsächliche: „Gestern wurde die neue Oper Attila im Burgtheater gegeben. Man konnte versichert sein, daß Hofrath Hurter auf seinem gewohnten Sperrsitze Nr. 23 sich nicht vergeblich werde suchen lassen. Gleich mit dem Beginne des Stückes stellte sich ein Kommando von acht Mann Grenadieren unter Anführung eines Lieutenants an dem Ausgange des Theaters auf, der auf die Freiung führt. Wie nach dem ersten Akte der Vorhang gefallen war, nahte sich der Lieutenant dem Sperrsitze Nr. 23 und flüsterte Hurter etwas ins Ohr, worauf ihm dieser ohne irgend ein Zeichen der Verlegenheit folgte. Vor der Thüre wurde er von dem Detachement empfangen und sogleich als Gefangener nach dem Stock am Eisen gebracht, wo nun sofort die Untersuchung beginnen soll. Das alles ist Folge wichtiger Entdeckungen des englischen Geschäftsträgers in Rom und der durch das britische Ministerium hier angelangten Mittheilungen. Darüber habe ich aus sehr glaubwürdiger, ich dürfte beinahe sagen offizieller Quelle Folgendes vernommen. Ein Liebling und besonderer Günstling des Fürsten Metternich ist bekanntlich Dom Miguel. Zu dessen Gunsten sollte auf der iberischen Halbinsel etwas Weitgreifendes unternommen werden. In das Geheimniß war der Herzog von Poli in Rom, bei welchem Hurter in zweimaliger Anwesenheit daselbst wohnte, eingeweiht, und der Hofrath machte zwischen dem Fürsten und dem Herzog den Unterhändler, selbst hoch beehrt sich fühlend, für einen seiner Meinung nach so erlauchten Kronprätendenten etwas wagen zu dürfen. Weitere Vermittler des Anschlages nach Portugal hin waren die unbeschuhten Chorherren von St. Maria di Prassede in Aracöli, besonders die Patres Genelli und Cuspinian. Dom Miguels häufige Besuche bei dem Herzog, noch mehr aber diejenigen bei den genannten Chorherren, zogen die Aufmerksamkeit des englischen Geschäftsträgers auf sich. Er ließ eben sowohl den abenteuernden Prinzen, als das geistliche Haus beaufsichtigen. Als Ende September der Pater Cuspinian von einer solchen Gesandtschaftsreise aus Portugal in Civita Vecchia landete, wurde er auf Befehl des französischen Gesandten, nach einem Requisitorium des englischen Gesandten, festgenommen und die Briefschaften, die er bei sich führte, diesem übergeben, der sie wichtig genug fand, um sie durch einen eigenen Courier an seine Regierung abgehen zu lassen. Damit gelangte diese zur Kenntniß des bereits weit gediehenen ruhestörerischen Planes. Um noch bestimmtere Aufschlüsse zu erhalten, ersuchte dieselbe das österreichische Ministerium, zur endlichen Enthüllung Hand zu bieten, wonach gestern das Erwähnte gegen Hurter verfügt wurde."

N. B. **Wien**, 12. Nov. [Tagesbericht.] Die Noth an Arbeitern bleibt in den meisten Gewerben und Industriezweigen um so mehr vorwalten, als die Bestellungen, welche vom In- und Auslande unseren Fabriken zu Theil werden, die mögliche Einlieferung weit überschreiten. Dabei werden hier wie in andern Fabriken fortwährend Versuche gemacht, die Arbeitslöhne zu erhöhen, ungeachtet das Fallen der ersten Lebensbedürfnisse im Preise solchen Anmuthungen wenig Raum darbietet. Allerdings stehen aber diese Preise für den einzelnen Arbeiter enorm hoch, indem er den großen Zwischengewinn der Klein-Viktualienhändler zu tragen hat. Der Arbeitsgeber soll nun, nach einem neueren Plane, die ersten Lebensbedürfnisse in größeren Quantitäten zu den Bezugspreisen herbeischaffen, und den Arbeiter damit ablohnen *). Das großartige im Bau begriffene Arsenalgebäude vor der St. Marxer Linie, wo sich auch sämmtliche Artillerie-Etablissements befinden werden, ist bereits aus den Grundfesten gediehen, dürfte aber erst in 4 bis 5 Jahren vollendet sein. Die Kosten sind auf 5 Million veranschlagt. — Die „Wiener Montagszeitung" hat vorerst zu erscheinen aufgehört, wozu sich der Herausgeber durch „Umstände", wie er angiebt, veranlaßt sah. — Unter den jüngst in Pesth kundgemachten Urtheilen bemerkt man auch die Verurtheilung eines Franziskanermönchs Bruno, der an dem Stuhlweißenburger bewaffneten Landsturm thätigen Antheil genommen und zu 6jährigem Festungsarreste in Eisen verurtheilt wurde. — Am 9. d. wurde der Privatlehrer Kolosy, der sich unter falschem Namen seit 8 Tagen in Pesth aufhielt, eingezogen. Er ist der Unmensch, der dem unglücklichen Grafen Lamberg im September v. J. den Todesstreich versetzt und das blutige Schwerdt triumphirend durch die Straßen getragen hat. — In Folge der in Pesth kundgegebenen Amnestie für Mindergravirte und bis zu 1 Jahr Arrest Verurtheilte sind über 130 Gefangene aus dem Neugebäude entlassen worden; doch befinden sich noch immer viele Kondemnirte in Haft, deren Strafausmaaß 1 Jahr nicht übersteigt, wie z. B. der Fiskal Palffy und Prof. Balassa. Die Klinik des letzteren übernahm einstweilen D. Stockinger. Aus ziemlich verläßlicher Quelle erfährt man, daß in Arad abermals 15 kriegsrechtliche Sprüche erfolgten, deren einige auf den Tod lauten. Die böhmischen Journale beschäftigen sich auf sehr anerkennenswerthe Weise mit den geeigneten Maßnahmen zur Hebung der Landesindustrie. So wird darauf angetragen, gegen das letzte preußische Einfuhrverbot böhmischer Linnen die Ausfuhrzölle der zur schlesischen Lin-

(Fortsetzung in der Beilage.)

*) Dieses System hat sich in Deutschland so unheilbringend gezeigt, daß wir die Oesterreicher bedauern, welche damit anfangen, was wir gänzlich abgeschafft wissen wollen.

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 266 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 14. November 1849.

(Fortsetzung.)

nenfabrikation dienenden Rohstoffe und Halbfabrikate zu erhöhen. Auch **Zittau** sollte durch einzuführende Beaufsichtigung der dortigen Fabrikation den desfalls zu Nachtheil gekommenen Kredit wieder herstellen. — Die Besorgniß vor einem hungernden Proletariat durch neue Zollverfügungen zeigt sich in den Schritten der böhmischen Industriellen noch immer vorwaltend und leuchtet namentlich aus einer neueren Eingabe der Stadt Rumburg um gehörigen Zollschutz hervor. Im Gegensatz zu den Klagen über Mangel an Arbeitern stehen jene in Sachsen über die sich häufenden Raubanfälle von Seite böhmischer Grenzer.

[Rußland und die Hinrichtungen in Ungarn.] Die Independance sagt: Erkundigungen, die wir an guter Quelle eingezogen haben, erlauben uns, zu versichern, daß die blutigen Maßregeln der Strenge, zu denen die österreichischen Generale in Ungarn geschritten sind, in St. Petersburg das lebhafteste Mißvergnügen hervorgerufen haben und Gegenstand eines sehr energischen Tadels in den höchsten Kreisen des Hofes gewesen sind. Man hat hier überhaupt bemerkt, daß die österreichischen Generale gegen die Insurgenten, welche sich den Russen ergeben haben, eine größere Strenge entfalten, als gegen diejenigen, welche sich den österreichischen Truppen unterwarfen. Dieser Umstand verstärkt noch die Mißbilligung, welche diesen Handlungen unnöthiger Grausamkeit zu Theil wird.

* **Wien**, 12. Nov. [Beunruhigende Nachrichten aus Konstantinopel.] FML. v. Hauslab ist von seiner Mission aus Widdin zurück hier eingetroffen. Er hat sie zur vollen Zufriedenheit des Ministeriums vollbracht. — Der gestrige Kourier aus **Konstantinopel** mit Briefen und Berichten bis 1. Nov. bringt sehr allarmirende Nachrichten über den dortigen Zustand der Dinge. Die Pforte schwieg fortwährend in Betreff des Standes der Verhandlungen über die Flüchtlinge in Widdin, während die Wiener Briefe sehr günstige Ansichten und Mittheilungen hierüber gebracht hatten. So wurde man in Konstantinopel um so mehr beruhigter alk man gleichzeitig erfahren hatte, die türkischen Minister Fuad-Effendi und Mussurus hätten in Petersburg und Wien feierliche Audienzen bei den alliirten Monarchen über die Lösung dieser Frage gehabt. Plötzlich wird auf einmal in Konstantinopel die Ankunft einer großen englischen Flotte unter dem Befehl des Admiral Parker bei Mytilene signalisirt und die Ankunft der französischen Flotte bei Smyrna gleichzeitig angesagt. Es ist natürlich, daß seitdem in Konstantinopel großer Allarm herrscht und daß sich die wunderlichsten Gerüchte verbreiten; so z. B. daß Palmerston, um einen neuen Krieg für die ungarische Propaganda zu provoziren, jetzt die Auslieferung der Flüchtlinge auf englische Schiffe verlange, widrigenfalls er die Dardanellen forciren lassen werde u. s. w. — Das Auffallendste bei alle dem ist, daß die Pforte noch immer das tiefste Stillschweigen beobachtet und sich ganz dem englischen Einflusse hingiebt.

Griechenland.

Athen, 30. Oktbr. [Die englische Flotte], bestehend aus 14 Kriegsschiffen verschiedener Größe, war vor einigen Tagen in der Nähe unserer Küsten, und nahm ihre Richtung gegen Tenedos, wohin auch die französische Flotte segelte. Alle Tage kommen und gehen, oft zur Nachtzeit, englische Dampfer, übergeben ihre Papiere und ziehen weiter. Niemand weiß, woher, wohin. (A. Z.)

Italien.

Rom, 6. Nov. [Verschiedenes.] Heute wird die Gemeinde-Raths-Deputation zurückerwartet, welche sich nach Portici begeben hat, um den Papst zur Rückkehr nach Rom einzuladen. Die Polizei nimmt fortwährend Verhaftungen vor. Vorgestern Abend wurde der Ex-Kriegsminister der Republik, Herr Calandrelli, arretirt. Letzterer wollte sich mit Gewalt den Polizei-Agenten widersetzen, wurde aber endlich bewältigt. Das Papiergeld wird noch andere zehn Tage lang im Umlaufe bleiben; die Regierung leistet indeß fortwährend mit demselben ihre Zahlungen. Herr v. Corcelles soll sich über seine Zurückberufung unzufrieden ausgesprochen haben. Er begiebt sich nach Portici, um Sr. Heiligkeit die Abschieds-Visite zu machen. (Lloyd.)

Neapel, 3. Novbr. [Rückkehr des Papstes.] Der Papst wurde während seines Ausfluges nach Benevent in allen Ortschaften, die er berührte, mit der größten Ehre und großen Festlichkeiten empfangen. Die Bewohner wetteiferten in ihrem Bestreben, dem Kirchenfürsten ihre Ehrfurcht zu beweisen. Vorgestern Abend ist Se. Heiligkeit wieder in Portici eingetroffen. (Lloyd.)

Rußland.

C. B. **Von der polnischen Grenze**, 10. Nov. [Demagoginnen. — Neue Steuern. — Sieger von Vilagos. — Militair-Aufstellung.] Seit einigen Tagen haben wir in unserem benachbarten Kalisch eine große Untersuchung demagogischer Umtriebe, eine Untersuchung, wie sie vielleicht noch nirgends vorgekommen ist. Es ist an die höchsten Behörden nach Warschau berichtet, daß man eine politisch gefährliche Agitation unter — jungen Mädchen entdeckt habe, — und es wurde von dort aus eine besondere Untersuchungs-Kommission in Kalisch niedergesetzt. In der sehr besuchten Erziehungsanstalt der Fräulein Fülleborn sind nun in diesen Tagen über 40 junge Mädchen verhört worden, die Kommission hat ihre Kästchen, Musikalien, namentlich aber die Schreibbücher einer genauen Kontrolle unterworfen, aber bis jetzt nur unerhebliche Sachen gefunden, einige patriotische Gedichte, nationale Lieder und Tänze wurden mit Beschlag belegt. Die Kommission besteht aus einem russischen Oberst und mehreren Polizei-Beamten. Die jungen Demagoginnen werden einzeln zu Protokoll vernommen, sollen sich aber bei ihren Aussagen ganz trefflich halten. Auch Konfrontationen sind vorgekommen; die Tochter des Bürgermeisters Sluzewski von Kalisch, welche die Anstalt besucht, tritt als Belastungszeugin auf und sagt jeder ihrer Mitschülerinnen ins Gesicht, was diese jemals Patriotisches geäußert, was sie für Lieder gesungen, Melodien gespielt oder Verse vorgetragen. — Man ist allgemein gespannt auf den Ausgang dieser merkwürdigen Untersuchung. — Die Veranlagung der Kamin- und Ofen-Steuer, von der ich neulich berichtete, ist im vollen Gange; mit dem 1. Januar k. J. soll sie schon eingeführt werden. Außerdem sollen noch die Fenster in den Städten und das Halten von Luxuswagen besteuert werden. Das Letztere wäre vielleicht eine heilsame Maßregel, denn nirgends wird wohl verhältnißmäßig größerer Luxus mit Equipagen getrieben, als im russ. Polen; jeder junge Edelmann, der kaum ein paar tausend Thaler Vermögen hat, hält sich vier Luxuspferde und einen Wagen. Alle Regierungen, die manchmal in Geldverlegenheiten kommen, sollten sich, bevor sie Anleihen machen, an der russischen Regierung ein Beispiel nehmen. Braucht dieselbe Geld, so wird dem Finanzminister Morawski in Warschau aufgegeben, es zu schaffen und derselbe ist immer so glücklich, neue Quellen ausfindig zu machen, die Millionen einbringen. So wnrde z. B. das Tabaksmonopol, die Schlacht- und Schanksteuer und die Eingangszölle verpachtet, die Maischsteuer eingeführt und so werden auch die oben erwähnten neuen Steuern wieder eine lukrative Geldeinnahme. Der Minister Morawski erhielt für seine Erfindungen immer eine wahrhaft kaiserliche Belohnung, 50,000 bis 100,000 Silber-Rubel. — Endlich sind auch in unserer Nachbarschaft die Sieger von Vilagos eingerückt, vor 10 Tagen ist Artillerie und Infanterie hier eingetroffen. Einen traurigen Anblick hat uns namentlich die Artillerie gewährt. Die Leute waren abgerissen, ohne Fußbekleidung, die sonst so schönen Pferde abgemagert und die Munitions- und Bagagewagen mit den langgehörnten ungar. Ochsen bespannt. Nicht Schlachten, sondern Krankheiten haben die Reihen der Russen sehr gelichtet. Sie erzählen treuherzig: „**Die Niederungen der Theis würden für sie zum Friedhof geworden sein, wenn nicht der alte Eriwanski, dem sie ihr Leben verdankten, den Görgei zur Unterwerfung gebracht hätte; noch einige Wochen länger an der Theis und das Faulfieber hätte die halbe Armee hingerafft.**“ Die polnischen Juden machen hier sehr gute Geschäfte, indem sie den russ. Soldaten allerlei Sachen, werthvolle Pretiosen 2c., die in Ungarn erbeutet sind, abkaufen. — Russische Offiziere sind gegen Oesterreich erbittert, da sie an den in Menge aufgekauften Kossuthnoten viel verlieren. — Als eine ganz zuverlässige Nachricht muß ich noch melden, daß **60,000 Mann Russen längs der Eisenbahn-Strecke von Warschau bis zur Station Maczki** in Kantonirung stehen und bereit sind, jeden Augenblick zu marschiren. Wohin wird es jetzt wohl gehen?

Frankreich.

× **Paris**, 10. Nov. [Der befürchtete Staatsstreich und eine Note im Moniteur. Vermischte Nachrichten.] Die Gerüchte von einem bevorstehenden Staatsstreich hatten bis heute mit einem so hohen Grade von Gewißheit um sich gegriffen, daß ganz Paris in die größte Spannung und Besorgniß versetzt war. Die vorgestern erfolgte Ernennung Carlier's zum Polizei-Präfekten schien über den Ausbruch der befürchteten Eventualität keine Zweifel mehr übrig zu lassen. Die Parteien begannen bereits nicht ihre Redner, sondern ihre Generäle zu bestimmen! Die Generäle Magnan und Grammont hielt man auf Seiten des Staatsstreichs; aber man rechnete auf Cavaignac, Bedau, Tortas, Leflo, um die National-Versammlung zu beschützen. Noch mehr; auf die Aufforderung einiger Oppositionsmitglieder hatte sich Herr Dufaure verpflichtet, den Präsidenten Dupin in den Stand zu setzen 40,000 Mann zu requiriren und den General Cavaignac zu beauftragen, an der Spitze dieser Soldaten die Republik zu bewachen. Dieser Entschluß soll von Dufaure in Folge eines sehr lebhaften Gesprächs mit Bedau und Cavaignac gefaßt worden sein. Und das ist noch nicht Alles: es hat sogar schon Seitens der Legitimisten Anfragen bei dem Berg gegeben, um zu erfahren, wie weit derselbe dem Präsidenten auf seinem demokratisch-imperialistischen Wege zu folgen gedenke. Endlich hatte auch das Bureau der National-Versammlung den Mitgliedern sagen lassen, daß sie sich zu einer feierlichen Gelegenheit mit Muth bewaffnen möchten. — Die Regierung konnte solchen Thatsachen gegenüber nicht länger schweigen, ohne mit diesem Schweigen ein Zugeständniß zu machen. Der Moniteur hat also heute gesprochen, und zwar so deutlich und unumwunden, daß wir nun hoffentlich auf einige Zeit hin das Gerücht der Staatsstreiche los sein werden. Die offizielle Note lautet folgendermaßen: „Der Präsident hat in seiner jüngsten Botschaft gesagt: „Ich will des Vertrauens des Nation würdig sein, indem ich die Konstitution aufrecht erhalte, die ich beschworen habe.“ Diese Worte sind deutlich, präcis, und lassen keine Deutnng und keinen Zweifel zu. Es ist fast die Formel seines ersten Eides. Wohlan! in gewissen Journalen, in den Salons, in der National-Versammlung, überall endlich beglaubigt man das Gerücht eines bevorstehenden Staatsstreichs; man hängt wie zum Vergnügen diese Drohung über die Häupter der leicht zu beunruhigenden Personen; man stört böswillig die öffentliche Sicherheit. **Wir sind ermächtigt zu erklären, daß dies eine perfide Absicht ist, eine gehässige Verläumdung, ein Schimpf auf die Loyalität desjenigen, der sein Wort nie verletzt hat.**“ — In der heute vom neuen Polizei-Präfekten erlassenen Proklamation ist der Schluß bemerkenswerth. Er lautet: „Bewohner von Paris! Es handelt sich jetzt um ein Bündniß gegen den Sozialismus, und das ist eine Angelegenheit für alle Familien, für alle Interessen. Es muß ein gegenseitiges Vertrauen zwischen uns bestehen, wir müssen auf einander rechnen können; rechnen Sie auf mich.“ — Eine Korrespondenz, deren Beziehungen zum Elysee bekannt sind, enthält folgenden Artikel, aus dem zu entnehmen ist, daß der Präsident damit umgeht, nächstens eine allgemeine Amnestie zu erlassen. „Die Amnestie war, wir wissen es positiv, in den Absichten des Präsidenten der Republik, noch ehe ihm Frankreich sechs Millionen Stimmen gegeben hatte. Louis Bonaparte betrachtet die Amnestie als ein mächtiges Regierungsmittel, weil sie, abgesehen von der Generosität und Größe, welche sie der Gewalt verleiht, ihren Gegnern ein nimmer ruhendes Angriffsmittel raubt. Der Präsident hat in den Details seines politischen Lebens darnach gestrebt, der Seelengröße seines Onkels nachzuahmen und sich im Verhalten gegen eine große Anzahl von Personen, Heinrich IV. zum Muster zu nehmen. Er will sie im Großen und in der Allgemeinheit der Politik nachahmen. Man versichert daher auch, daß unter den Handlungen seiner persönlichen Regierung, die Amnestie in erster Reihe figuriren wird, als die erste der Maßregeln, die ihn charakterisiren sollen. Das Land und die National-Versammlung werden die Tragweite und das Günstige dieses Aktes schätzen.“ — Der Deputirte Frémy, der mit einer Mission bei dem heiligen Vater beauftragt gewesen war, ist gestern zurückgekehrt, und nach seinen Mittheilungen ist der Papst weit davon entfernt, bei seiner Rückkehr nach Rom den Abzug der französischen Truppen zu verlangen, sondern er wünsche im Gegentheil der französischen Armee selbst zu danken und fordere ihre Anwesenheit als ein Pfand der Sicherheit für seine Regierung. — Wie es heißt, hat die Flotte des Mittelmeeres Befehl erhalten, nach den Gewässern von Neapel zu segeln, um den Papst nach Civita-Vecchia zu begleiten. — Die Verhandlungen des hohen Gerichtshofes von Versailles sind durch einen ernsten Incidenzfall unterbrochen worden. Michel (de Bourges), der die Angeklagten vertheidigte, wurde in dem Augenblick unterbrochen, als er beweisen wollte, daß die Ereignisse des 13. Juni ihren Ursprung und ihre Ursache in der Verfassungs-Verletzung hatten. Der Gerichtshof hat einen Beschluß gefaßt, der den Advokaten untersagt, dieses Vertheidigunsmittel zu gebrauchen. Die Advokaten haben sich zurückgezogen. Zum Ersatz dieser Vertheidiger hat der Gerichtshof auf den Montag die Ernennung offizieller Vertheidiger bestimmt; allein

sämmtliche Angeklagten erklärten, keine offiziellen Vertheidiger annehmen zu wollen. Der Versailler Prozeß würde auf diese Weise schnell zu Ende gehen.

Straßburg, 8. Novbr. [Zustände im Elsaß.] Die lächerlichsten Gerüchte werden jeden Tag in Umlauf gesetzt. Bald sind es Staatsstreiche des Präsidenten, welche demnächst zu befürchten ständen, bald neuer Ministerwechsel, diplomatische Zerwürfnisse mit dem Auslande &c. Die Parteien sind indessen überaus thätig, und namentlich wird von Seite der Legitimisten wie von Seite der Bonapartisten Alles in Bewegung gesetzt, um „Sympathien zu erobern.“ Die maßlosen Uebergriffe des ultramontanen Clerus haben sich seit Jahrzehnten nicht so unheilvoll für Bildung, Fortschritt und Civilisation geltend gemacht, als das seit einiger Zeit der Fall ist, und wir fürchten, daß, falls die mittelalterlichen Strebungen auf diese Weise fortgesetzt werden, Glaubenshaß und Verfolgungssucht die nächsten Folgen sein werden. — Zu Anfange dieser Woche sind Truppenabtheilungen von hier so wie aus dem Oberelsaß nach Paris gezogen. Den neuesten Anordnungen gemäß soll die Hauptstadt eine ständige Besatzung von 120,000 Mann erhalten. Dieser Umstand allein verhindert eine durchgreifende Reduktion des franz. Heeres und eine Verminderung des Budgets. Aus Rom wird eine Abtheilung Pontonniers, welche seit sechs Monaten daselbst waren, die nächste Woche dahier zurückerwartet.

(F. J.)

Lokales und Provinzielles.

§ **Breslau**, 13. Novbr. [Konstitutionelle Ressource.] Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Besprechung der neuen Gewerbe-Ordnung. Herr Rechtsanwalt Plathner lieferte zunächst eine Uebersicht derjenigen Thatsachen, welchen das in Rede stehende Gesetz seinen Ursprung verdankt. Im Verlauf der Debatte äußerte der Redner sich etwa dahin, daß das Gewerbegesetz insofern ein konservatives sei, als es die individuelle Freiheit zu Gunsten der korporativen — beschränke. Die Korporationen seien ihrer Natur nach konservativ, darum können die ihnen gewährten Freiheiten nur zum Nutzen Aller gereichen. Darum erfahre aber die neue Gewerbeordnung die Anfechtung der Demokraten, die zu ihrem Ideal die größtmögliche Ausdehnung der individuellen Freiheit gemacht haben. Diesen gegenüber stehen die Kommunisten und Sozialisten, welche das Heil Aller in der sogen. allgemeinen Verbrüderung suchen und daher ebenfalls die Bildung von Korporationen im Auge haben. Wenn schon ihr Weg ein ganz anderer, als derjenige der konservativen Partei ist, so wiederhole sich doch hier die alte Erfahrung, daß die Extreme sich berühren. — Herr Ludewig entwarf einen historischen Rückblick auf das vormalige Innungswesen. Schon Friedrich der Große habe die Innungen sanktionirt und außer den bestehenden am hiesigen Orte noch die Bildung zweier Fleischerzünfte gestattet. Nach dem J. 1806 glaubte man dem damals herrschenden Nothstande durch Freigebung des Gewerbes aufhelfen zu können. Diese Ansicht sei jedoch nicht erreicht worden; deshalb veranlaßten die Ereignisse des vorigen Jahres auch die Gewerbtreibenden, ihre Angelegenheiten einer sorgfältigen Berathung zu unterziehen. Aus den Verhandlungen der gesetzgebenden Körper und verschiedener Handwerker-Kongresse ergab sich ein bedeutendes Material für die Gewerbe-Ordnung vom 9. Februar. Sie durchwehe ein humaner und liberaler Geist. Das Innungswesen ist unbegränzt, damit den Brfähigten die Niederlassung nirgends erschwert werde. Nicht den Konsumenten, sondern den Staats- und Kommunal-Behörden gegenüber solle für den Handwerker aus den Innungen Vortheil erwachsen, indem sein Kredit gehoben und somit die Beschaffungen von rohem Material erleichtert würden. Namentlich wäre es für die Wittwen und Waisen des Handwerkerstandes von großem Nutzen, wenn sie durch Beschlüsse der Behörden sich in den Stand gesetzt sehen, das Gewerbe ihres verstorbenen Ernährers fortzuführen. Durch eine angemessene Rücksichtnahme auf den Gesellenstand werde das Gesetz den kommunistischen Bestrebungen vorbeugen, und durch Hebung der moralischen Kraft unter den Handwerkern, so wie des Vertrauens auf Seiten der Konsumenten werde es alle Ansprüche befriedigen. Herr Geier widerlegt zwei Hauptansichten, welche gegen die Verordnung vom 9. Februar geltend gemacht werden. Erstens behaupte man, das neue Gewerbegesetz verleihe dem Handwerk ein Privilegium auf Kosten der übrigen Stände. Dann will man in dem fraglichen Gesetze eine Beschränkung der persönlichen Freiheit erblicken. Beide Behauptungen seien gleich falsch und unbegründet. Eben so wie das politische müsse auch das gewerbliche Leben im Staate an eine gewisse Ordnung gebunden sein. Bisher waren die materiellen Interessen aller Staatsbürger mehr oder weniger geregelt, nur die der Handwerker nicht. Der Schriftsteller wurde vor Nachdruck, der Jurist vor der Winkeladvokatur geschützt, das moralische Eigenthum des Handwerkers, sein Beruf, blieb der Willkür Unberufener preisgegeben. Wenn der Staat von jedem Einzelnen verlange, daß er sich ernähre, so darf er ihm auch die Mittel zur Selbsterhaltung nicht schmälern. Sobald Jemand einen Stand gewählt hat, müsse ihn die Gesammtheit als solchen anerkennen und schützen. Dieser Zweck werde auch für den Handwerker durch das Gewerbegesetz erreicht werden. Augenscheinlich liege hierin nicht ein Privilegium, sondern nur die Verwirklichung der in der Verfassungs-Urkunde garantirten Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz. Das neu einzuführende Innungswesen sei jedoch weit von dem alten Zunftzwange entfernt, indem jenes den Anschluß dem freien Ermessen jedes Einzelnen überlasse. — Wie nothwendig die Regelung der Handwerker-Interessen sei, erhelle daraus, daß bei dem alten Zustande der Mittelstand immer mehr abgenommen und zwei Extreme der grenzenlosen Armuth auf der einen und dem übermäßigen Reichthum auf der anderen Seite Platz gemacht habe. Ein Stant, in dem jene beiden Extreme den Mittelstand erdrücken, trage den Keim des Todes in sich und könne nur durch rechtzeitiges Eingreifen der Gesetze gerettet werden. Als ein solches Gesetz bezeichnet der Redner die Verordnung vom 9. Februar, die, seiner Meinung nach, einen Theil der sozialen Frage lösen wird. — Schließlich erklärte der Redner, daß ihm die von Herrn v. Bismark-Schönhausen in der zweiten Kammer ausgesprochenen Ansichten über das Gewerbegesetz selbiges am besten zu charakterisiren scheinen. Als bedeutungsvoll müsse er es für den Handwerkerstand ansehen, wenn ein Theoretiker, ein Nichthandwerker die schlagendsten Gründe für den Schutz der Arbeit vorgebracht habe. Herr Weiß macht darauf aufmerksam, daß gerade die Gegner der Gewerbeordnung am besten deren Vortheile nachgewiesen haben. So haben die Ostseeblätter durch ihren Tadel aufs Klarste dargethan, wie in dem Gesetze Alles enthalten sei, was die Handwerker gefordert haben. Doch liege es nun an diesen, das aus dem Gesetze zu machen, was es eigentlich sein soll: eine Stütze des gesunkenen Handwerkerstandes. Nach der Ansicht des Redners sind die Gewerberäthe nur ein theilweiser Ersatz für die Gewerbe-Kammern; ebenso findet er das Innungswesen für unzureichend, wenn es dem einmal Bescholtenen gestattet ist, neben der Innung zu bestehen. Hauptzweck der Innungen sei die Hebung der Moral und wer diese verletzt habe, sollte dem Handwerkerstande überhaupt nicht mehr angehören dürfen. Die Stellung der Meister zu den Gesellen werde allerdings zum Nutzen beider Theile gehoben, indem sie bei ziemlicher gleicher Vertretung sich gegenseitig ergänzen würden. Jenen komme die durch gereifte Einsicht, diesen die Raschheit der Ausführung zu Statten. Ein Hauptgesichtspunkt, aus welchem die neue Gewerbeordnung betrachtet werden müsse, sei der, daß den Kommunen ein Gegengewicht gegen das flache Land gewährt und den nachträglichen Erlaß von Ortsbestimmungen vorbehält, wodurch die Uebervölkerung der Städte durch das ländliche Porletariat verhindert werden könnte. Ein anderer Redner beleuchtete die Nothwendigkeit einer Gewerbeordnung für Preußen im Hinblick auf das Ausland. Nachdem noch Herr Greiff die drei Errungenschaften, welche dem Handwerkerstande durch das neue Gesetz zufallen, aufgezählt hatte, trat eine kurze Pause ein. Hierauf wurde zur Erledigung des Fragekastens geschritten, aus dem wir für diesmal nur Folgendes hervorheben: „Morgen ist der 13te November. In welcher Weise wird von der konstitutionellen Ressource die Feier des Tages begangen werden?“ Ein Offizier erklärte, daß der Geburtstag der Königin (in Berlin) nicht gefeiert werde, da derselbe auf den Sterbetag Allerhöchstihrer Mutter falle. Es werde dafür der 19. November als der Namenstag der Königin gefeiert. Herr Assessor Fürst brachte zur Vorfeier des Geburtstages Ihrer Majestät der Königin ein dreimaliges Lebehoch, in welches die Versammlung stürmisch einfiel.

Breslau, im November. [Kirchliches.] Für den 27. d. M. sind alle großjährige, männliche Christen, welche zur Parochie der Maria Magdalenen-Kirche gehören, und innerhalb jener ihren ordentlichen Wohnsitz habend, einen eigenen Hausstand führen, in dieses Gotteshaus eingeladen, um aus ihrer Mitte 12 Repräsentanten zu wählen, welche, zunächst bei Einrichtung der in Aussicht gestellten kirchlichen Gemeindeverfassung, oder wo es sonst nöthig sein möchte, sprechend und handelnd die ganze, vielleicht aus 23,000 Seelen bestehende Gemeinde als ordnungsmäßig Bevollmächtigte vertreten. Die Amtsthätigkeit derselben soll 4 Jahr dauern. Wieder ein Schritt vorwärts zu einer unbevormundeten, freieren, selbstständigeren Regsamkeit der evangelischen Gemeinschaft innerhalb des preußischen Gebiets. Schade nur, daß diese allenthalben, so auch hier, dem Staate und Katholizismus als geschlossenen Einheiten gegenüber, in ihrem Innern so vielfach und schroff zerklüftet ist! Es möchten auch inmitten der einen Maria Magdalenen-Gemeinde mindestens drei Parteiungen sich herausfinden lassen, die Streng-Symbol-Gläubigen mit ihrem X, die Freidenkendrn mit ihrem Y, die zwischen Beiden stehenden oder, wenn man lieber will, schwebenden Gemäßigteren, welche es mit keinem verderben wollen, mit ihrem Z an der Spitze. Jede wird nach ihrer Ansicht und von ihrem Standpunkte aus ihre Interessen berathen und bewahrt wissen wollen. Welcher sollen es die 12 neuen Apostel zu Danke machen? Welche sollen sie über Bord werfen? Wo blitzt das Alexander-Schwert, das diesen gordischen Knoten zerhaue? Denn sanftiglich lösen läßt er sich schwerlich.

E. a. w. P.

---

† **Breslau**, 13. Novbr. [Polizeiliche Nachr.] Am 11. d. M. entstand in der Werkstatt eines Tischlers in der Kirchstraße Feuer, und hatte dasselbe bereits mehrere zum Trocknen gelegte Bretter ergriffen, doch wurde dasselbe durch die Hausbewohner bald gelöscht. Auf welche Art das Feuer entstanden, ist zur Zeit noch unermittelt.

In der Nacht vom 9. zum 10. wurde mittelst Einsteigen durch ein Fenster in eine in dem Hause Nr. 2 auf der Vorderbleiche befindliche Stube eingestiegen und aus derselben eine silberne Taschenuhr und eine Partie Schuhmacherwaaren entwendet.

In derselben Nacht wurden aus einem mittelst Nachschlüssel geöffneten Keller in dem Hause Nr. 10 am Schweidnitzer Stadtgraben 32 Flaschen verschiedene Weine gestohlen.

Am 11. wurde aus einer unverschlossen und aufsichtslos gewesenen Stube in dem Hause Nr. 18 am Ringe eine goldene Cylinder-Uhre, eine goldene Panzerkette, 9 Dukaten an Gewicht, und eine silberne Tischklingel entwendet.

Liegnitz, 12. Novbr. Laut sicherer Nachricht ist der Herr Regierungsrath v. Merckel für den Kreis Tilsit als Deputirter zur ersten Kammer gewählt worden.

(Siles.)

§ **Schweidnitz**, 11. Nov. [Vermischte Nachrichten.] Vor einiger Zeit war das Gerücht allgemein verbreitet, daß das zweite Bataillon des 7. Regiments, das durch eine geraume Anzahl Jahre hierorts in Garnison gestanden, hierher zurückkehren werde. Nachträglich erfuhr man, daß die bereits gegebene Ordre rückgängig gemacht, und das 7. Regiment von Thüringen aus nach Schleswig beordert worden war. Am 5. d. M. des Morgens wurde in der Nähe der Stadt von der Garnison ein großes Festungsmanöver ausgeführt. Die hiesige Garnison besteht jetzt aus dem 2. Bataillon des 23. Infanterie-Regiments (Linie), der Stammkompagnie des 3. Bataillons des 10. Regiments der Landwehr und einer Abtheilung der 5. Artillerie-Brigade. — Zur Vorfeier des Geburtsfestes Ihrer Majestät der Königin wird am 12. d. M. in der Ressource zur Stadt Berlin ein Ball veranstaltet, die Logenressource wird den 13. November durch ein Concert und Tanzkränzchen festlich begehen. — Ueber Unsicherheit des Eigenthums sind zwar in diesem Jahre weniger Beschwerden laut geworden, als im vergangenen, welcher Umstand theilweise der energischen Umsicht einiger Pelizeibeamten zuzuschreiben ist, denen es auch in jüngster Zeit wiederum gelungen, Diebeshehlern auf die Spur zu kommen; doch fangen jetzt bei Beginn des Winters die gewaltsamen Diebstähle und Einbrüche sich wiederum an zu mehren. In vergangener Woche wurde in der Abenddämmerung ein Beamter des hiesigen Kreisgerichts, der in Begleitung seiner Frau in der Vorstadt promenirte, von einem ziemlich anständig gekleideten Manne seiner goldnen Uhrkette beraubt. Indeß gelang es, den Dieb, der, alsbald verfolgt, über das unebene Straßenpflaster gestolpert und niedergestürzt war, zu fassen und der Polizeibehörde zu überliefern. — In den letzten Wochen waren mehrere Ortschaften der Umgegend von der Cholera stark heimgesucht worden, auch haben sich ganz kürzlich im Bereiche der Stadt bei mehreren Gelegenheiten wiederum Symptome dieser Krankheit gezeigt.

□ **Ratibor**, 10. Novbr. [Die Handwerker-Versammlung am 8ten d. M.] eröffnete der Vorsitzende damit, daß er den großen Werth des Innungswesens darzuthun und die Anwesenden dafür empfänglich zu machen suchte. Abgeordneter Grenzberger, zur Zeit hier auf Urlaub, sprach gleichfalls in diesem Sinne und ermahnte besonders zu einem brüderlichen Zusammenhalten. Dies sei um so nöthiger, je mehr man auch Behörden trifft, die sich der Handwerker-Angelegenheiten nicht mit der nöthigen Wärme annehmen. Auch wurde eine Kommission, aus 7 Meistern und 5 Gesellen bestehend, gewählt, um Vorlagen zur Errichtung einer Gewerbeschule zu machen. Schließlich erwähnte Abg. Grenzberger der Kammer-Mitglieder, die für die Handwerker ganz besonders thätig sind und mit Lust und Liebe dahin arbeiten, daß das Gewerbe überhaupt sich hebe. Die Versammlung ersuchte den Abg. Grenzberger, daß er bei seiner Rückkehr nach Berlin den thätigen Freunden des Gewerbestandes die herzlichsten Dankesworte abstatten und sie zugleich ersuchen möchte, von dem schön begonnenen Werke nicht abzulassen. — Die Diebereien mehren sich hier auf recht betrübende Weise. Jeden Morgen hört man nur fragen: Wem ist in der verflossenen Nacht Flügelvieh, Wein u. dgl. gestohlen worden? Von Seiten der Polizeibehörde ist bis jetzt noch kein energischer Schritt dagegen gethan worden, und es ist daher nicht abzusehen, wie weit dieser Unfug es noch treiben wird.

Breslau. In dem Bezirke des kgl. Appellations-Gerichts zu Breslau wurden befördert: die Referendarien Kanther und Krumpfschmidt zu Gerichts-Assessoren; die Auskultatoren Kassner, Rudolph Walter und Zucker zu Referendarien. Versetzt: der Referendarius Wollheim als Hülfsrichter an das Kreisgericht zu Schönlanke; der Referendarius v. Baranowsky an das Appellations-Gericht zu Posen; der Auskultator Karl Graf Henckel von Donnersmark vom Apellations-Gericht zu Glogau an das hiesige. Ausgeschieden auf eigenes Ansuchen: der Rechtsanwalt und Notar Osterroht; der Auskultator v. Salisch. Neu angestellt: der Sergeant Bräuer, der Vice-Wachtmeister Härtel, der Hautboist Krause im Unterbeamten-Dienste. Neu angestellt: der Patrimonialgerichts-Aktuar Schröer zu Canth im Subalterndienste. — Bei dem Kreis-Gerichte zu Glaz. Neu angestellt: der Rechtsanwalt Rouneß zu Lobsens als Gerichts-Kommissarius zu Reinerz. Versetzt: der Kreisrichter, Land- und Stadtgerichts-Rath Peschel zu Reinerz in das Kollegium des Kreisgerichts zu Glaz. — Bei dem Kreisgerichte zu Jauer. Neu angestellt: der Civil-Supernumerarius Hecht im Subalterndienste; der Unteroffizier Finster zu Domaslawitz als Pförtner und Wächter. — Bei dem Kreisgerichte zu Landeshut. Versetzt: der Kreisrichter Pläschke zu Landeshut als Gerichts-Kommissarius nach Liebau; der Kreisrichter Gierth zu Schömberg in das Kollegium des Kreisgerichts zu Landeshut. Neu angestellt: der Stadtgerichts-Assessor Lorenz als Gerichts-Kommissarius zu Schömberg; der Civil-Supernumerarius Jung im Subalterndienste. — Bei dem Kreisgerichte zu Münsterberg. Neu angestellt: der Gerichts-Assessor Schaube als Kreisrichter; der Civil-Supenumerarius Wengler im Subalterndienste; der Unteroffizier Kleiner im Unterbeamten-Dienste. Entlassen: der Hilfs-Exekutor Schliem. — Bei dem Kreisgerichte zu Namslau. Neu angestellt: der Unteroffizier Dennert zu Reichthal im Unterbeamten-Dienste. — Bei dem Kreisgerichte zu Oels. Neu angestellt: der Sergeant Klinnert zu Schweidnitz im Unterbeamten-Dienste. Ausgeschieden auf eigenes Ansuchen: die

Gefangenwärter Hubrig und Pech. — Bei dem Kreisgerichte zu Ohlau. Neu angestellt: der Feldwebel Jerchel im Subalterndienste. — Bei dem Kreisgerichte zu Striegau. Neu angestellt: der Civil-Supernumerarius Schmidt im Subalterndienste. — Bei dem Kreisgerichte zu Wohlau. Neu angestellt: der bisherige Syndikus beim Domstifts-Kapitel Dr. Grosch als Rechtsanwalt und Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Breslau; der Invalide Kiesewetter, der Unteroffizier Heinrich Walter im Unterbeamtendienste.

Im Bezirk des Appellations-Gerichts in Glogau wurden befördert: die Auskultatoren Fritsch, v. Liebermann, v. Sydow, Herzog und Steulmann zu Referendarien. Versetzt: der Obergerichts-Assessor v. Chappuis von Margonin an das Appellations-Gericht in Glogau als Hülfsrichter; der Referendarius Sprink als Hülfsarbeiter an die Gerichts Kommission in Margonin. Pensionirt: der Gefangen-Aufseher Langner beim Kreisgericht in Liegnitz auf sein Ansuchen; der Bote und Exekutor Rechstädt in Görlitz.

Des Königs Majestät haben dem Färbermeister Wilhelm Langner zu Michelau, Brieger Kreises, das Verdienst-Ehrenzeichen für Rettung aus Gefahr; und dem Gerichtsschulzen, Erbschultiseibesitzer Karl Wilhelm Leuchtmann zu Neugericht, Waldenburger Kreises, aus Veranlassung seiner 50jährigen Amtsjubelfeier das allgemeine Ehrenzeichen allergnädigst zu verleihen geruht. — Dem praktischen Arzte, Wundarzt uud Geburtshelfer Dr. Moritz Altmann zu Polnisch-Wartenberg ist die Physikatsstelle des Kreises Polnisch-Wartenberg verliehen worden. — Bestätigt: der auf sechs Jahre gewählte unbesoldete Rathmann Gottlieb Marticke zu Prausnitz.

Mannigfaltiges.

— [Berlin.] Am 13. Oktober, beim Ausladen eines auf der Eisenbahn-Station Fürstenberg angekommenen Berlin-Breslauer Güterzuges, wobei der Zug rückwärts in Bewegung gesetzt werden mußte, ergriffen die Puffer des letzten Wagens den Feuermann Könitz, welcher vor einer dem Zuge leer nachgefolgten und in einer kleinen Entfernung stehen gebliebenen Maschine beschäftigt war, und stießen ihn unter die Wagenräder, was seinen augenblicklichen Tod zur Folge hatte.

Am 14. Oktober betrat, nachdem die Wärterstation ohnweit Zehna, auf der Feldmark Bülzig belegen, bereits geschlossen und der von Köthen kommende Personenzug nur noch wenige Ruthen entfernt war, ein kleines, dem Häusler Panier zu Bülzig gehörendes Kind unter die Barriere hindurchlaufend, das Bahngeleise, auf welchem der Zug ankam. Der Lokomotivführer Küster, das Kind bemerkend, gab sofort das Zeichen zum Halten, in gleichem Moment sprang jedoch der daselbst stationirte Bahnwärter Johann Christian Mäder hinzu, ergriff das Kind, und rettete dasselbe mit eigner Lebensgefahr, da der Puffer der Maschine, welche inzwischen auf dem Puukte, wo das Kind gestanden, angekommen war, und den Körper des rc. Mäder streifte, ohne ihn jedoch zu verletzen. C. C.

— (Zürich.) Nicht uninteressant dürften Ihnen die Beobachtungen bei dem Probeschießen bei Bern sein, dessen Zweck war, das passendste Gewehr für die schweizer Infanterie zu finden. Unter des Obersten Würstenberger Leitung und in Gegenwart des Generals Dufour, des Obersten Ochsenbein und noch mehrerer Anderen ergab sich folgendes Resultat: Zwei Arten von Gewehren sind zur Probe gekommen: A. Schnell-Feuergewehre zwei Stück, beide von Sauerbrei in Basel geliefert, wovon eines Nachahmung der Zündnadelgewehre, welches von hinten geladen wird und einen gezogenen Lauf besitzt, das andere ein Zündnadel-Gewehr, das von vorn ohne Ladstock geladen wird und einen glatten Lauf hat. Fünf Schuß werden in einer Minute gethan, die Treff-Sicherheit auf 200 Schritt. B. Ferntreff-Gewehre ebenfalls zwei Stück; das eine von Sauerbrei in Basel ist mit den Spitzkugel-Gewehren ähnlich, hat einen Spitz oder Dorn in der Mitte der Pulverkammer und schießt bis 600 Schritt; das andere ist von Löw in Basel, ohne Stift oder Dorn, fünf gezielte Schüsse in zwei Minuten und sicher bis 800 Schritt. Nach der Anführung solcher Data braucht es keiner Lobpreisungen.

(Köln. Z.)

— Aus Nord-Amerika ist eine neue Post angekommen. Die wichtigste Nachricht, welche dieselbe bringt, betrifft einen großen Konvent zur Erbauung einer Eisenbahn nach dem stillen Meere in St. Louis. Derselbe ward von 465 Delegirten aus allen Theilen der Union beschickt. Man beschloß eine Denkschrift an den Kongreß der Vereinigten Staaten, worin derselbe zur Unterstützung des Unternehmens aufgefordert wird.

Versammlung der Stadtverordneten am 15. November.

Verzeichniß der wichtigeren Vorlagen:

1) Bedingungen zur Verpachtung des Platzes an der Phönixmühle.
2) Wahl des Schiedsmanns für den Franziskaner-Bezirk.
3) Vorschläge zur Beschaffung der Mittel für einen Reserve-Fonds der Kämmerei.
4) Kommissions-Gutachten über den erhobenen Anspruch an das jetzige Vermögen der Bäcker-Innung zu dem Bankgerechtigkeiten-Ablösungs-Fonds.
5) Kommissions-Gutachten über die entworfene Petition an die Kammern, betreffend die Steuer-Regulirungs-Angelegenheit.
6) Kommissions-Gutachten über den Kämmerei-Abschluß pro 1848.

Der Vorsteher Dr. Grätzer.

Theater-Nachricht.

Mittwoch den 14. Novbr. 40ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Linda von Chamounix."** Große Oper in 3 Akten, Musik von Donizetti.

Donnerstag den 15. Nov. 41ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 6ten Male: **„Rosenmüller & Finke"**, oder: **„Abgemacht."** Lustspiel in 5 Aufzügen von Dr. Carl Töpfer.

Verbindungs-Anzeige.

Unsere heute geschlossene eheliche Verbindung zeigen wir hiermit ergebenst an.

Breslau und Waldenburg, den 12. November 1849.

Albert Tautz, Rechts-Anwalt.
Dorothea Tautz, geb. Jackisch.

(Statt jeder besonderen Meldung.)

Als Neuvermählte empfehlen sich:
Fanny Heinrich, geb. Sobirey.
E. Rudolph Heinrich.

Breslau, den 12. November 1849.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute Mittag 5 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, Ulrike, geborenen Eichert, von einem gesunden Knaben, zeige ich Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, hiermit ergebenst an.

Breslau, den 11. November 1849.

Albert Gustav Becker.

Entbindungs-Anzeige.

Die heut früh 2 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem muntern Knaben erlaube ich mir ganz ergebenst anzuzeigen.

Würben bei Ohlau, 12. Novbr. 1849.

Pfeiller, Gutsbesitzer.

Franz Grüners
Pelzwaaren-Handlung und Mützen-Fabrik

in Breslau, Schmiedebrücke Nr. 5, empfiehlt sich mit einem wohlassortirten Lager von Pelzwaaren und allen Arten Mützen, so wie zur Annahme aller in dies Fach schlagenden Bestellungen und Reparaturen zu den billigsten Preisen.

Geübte Marmorschleifer können sofort Beschäftigung finden Taschenstraße Nr. 16 bei

A. Grimme,
Bildhauer und Steinmetz-Meister.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag $1\frac{1}{2}$ Uhr starb an Lungenlähmung und gänzlicher Entkräftung nach kurzem Krankenlager, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, der Vicarius des aufgelösten Collegiatstifts zum heil. Kreuz hierselbst und Sakristan der Kathedral-Kirche, so wie Priesterjubilar, Herr Johannes Nepomuk Kunze, in einem Alter von 78 Jahren, 2 Monaten, 5 Tagen. Er ruhe in Frieden.

Breslau, den 12. November 1849.

F. Wache, Vice-Dombechant.

Historische Section.

Donnerstag, den 15. Novbr., Abends 6 Uhr. Herr Prof. Dr. Röpell: Zur Geschichte des preussischen Feldzuges nach Holland im Jahre 1787.

Ich wohne jetzt:
Heilige Geiststraße Nr. 12.
Dr. **Benedict** jun.

Mein Comtoir ist jetzt
Junkernstraße Nr. 2
im Lübbertschen Hause, eine Stiege.
Siegfried Hahn.

Neueste Musikalien.

David, F. Op. 20. Zwölf **Salon-Stücke** für Violine und Piano. Heft I. 20 Sgr.
Gumbert, F. Op. 28. Fünf **Lieder** f. Alt od. Bariton m. Piano. $22\frac{1}{2}$ Sgr.
Kullak, Th. Op. 54. **Ballade** p. Piano. 20 Sgr.
Mendelssohn, F. Op. 78. Drei **Psalmen** f. gemischten Chor. (Nr. 6 der nachgelassenen Werke) Stimmen (1 Rtl. 20 Sgr.) Partitur Nr. 1—3 (2 Rtl. 20 Sgr.)
— — **2 Gesänge** (Ich hör ein Vöglein locken — Todeslied der Bojaren) f. 1 Singst. m. Piano. 15 Sgr.
Willmers, R. Op. 62. **Nocturno** p. Piano. 10 Sgr.

F. E. C. Leuckart
in **Breslau**, Kupferschmiedestrasse 13.

Geschäfts-Veränderung.

Das von uns bisher unter der Firma **Schlott u. Lehmann** gemeinschaftlich geführte **Spiegel- und Möbel-Waaren-Geschäft** hat nach freundschaftlicher Uebereinkunft vom heutigen Tage der Hr. **Schlott** für alleinige Rechnung unter Uebernahme der Aktiva und Passiva übernommen, und wird dasselbe unter der Firma:

C. Schlott

unverändert fortführen. Das uns bisher geschenkte Vertrauen bitten wir, auf denselben übertragen zu wollen.

Breslau, den 13. November 1849.

Schlott u. Lehmann,
Kupferschmiedestraße 10.

Mit Bezug auf vorstehende Anzeige empfehle ich mein wohl assortirtes Lager von

Spiegel-, Möbel- und Polster-Waaren,

unter Versicherung der billigsten Preise, so wie ich auch jede Bestellung von Tapezir-Arbeiten prompt ausführe.

C. Schlott,
Kupferschmiedestraße Nr. 10.

Israel. Handlungsdiener-Institut.

Mittwoch den 14. Nov. Abds. 8 Uhr Vorlesung des Hrn. Dr. Adler über die Bedeutung Ostindiens für den englischen, wie für den Welthandel überhaupt.

Extra feinen Stettiner **Königs-Bitter** empfing und empfiehlt billigst:

Rudolf Hiller,
Klosterstraße Nr. 1 b., Ecke der Feldgasse.

Bücher-Gesuch.

Aus folgenden Fächern der Literatur suche ich Bücher zu kaufen und nehme Offerten dankbar entgegen:

1) **Alte Manuscripte** auf Pergament oder Papier, **besonders mit Malereien.** Codices der griechischen und römischen Autoren.
2) **Auf Pergament gedruckte Bücher.**
3) Griechische und lateinische Kirchenväter, doch die griechischen nicht, wenn nur in lateinischer Uebersetzung. Besonders die Ausgaben der Congrègation de St. Maure.
4) Polyglottenbibeln, erste Bibelausgaben, sowie Bibeln in ausländischen Sprachen, Bibel-Commentare z. B. Cornelius a Lapide etc.
5) **Conciliensammlungen** von Mansi, Wilkins, Labbeus etc. **Kirchengeschichte** z. B. Baronius etc. Legenden z. B. **Bollandi acta Sanctor.** Die Werke der **Reformatoren** Luther, Melanchthon, Calvin, Zwinglius etc. **Ascetische Werke** z. B. Suarez, Pez etc. **Scholastische Werke** z. B. Albertus Magnus, Thom. Aquin. Bonaventura, Duns Scotus etc. **Liturgische Werke** z. B. Assemanus, Bona, Cavalieri, Missale, Breviare, Horae, Euchologion etc.
6) Grosse historische Werke z. B. Muratorius, Bouquet, Perž etc., besonders über England, Polen und Russland.
7) Altdeutsche Gedichte, Volksbücher, Volkslieder, Curiositäten z. B. von Fischart, Murner, Brand etc.
8) Altitalienisehe, französische, spanische und altenglische Gedichte, Schauspiele, Chroniken etc. z. B. Dante, Roman de la rose, Romancero, Chaucer etc.
9) Bücher mit Holzschnitten von Holbein, Dürer. Todtentänze, Turnierbücher, Theuerdank etc.
10) Alle bis 1470 gedruckten Bücher, doch auch spätere, bis 1500, besonders in Italien gedruckte Ausgaben der Klassiker.
11) Alle bis 1700 in Polen und Russland oder über diese Länder erschienenen Bücher.
12) Alle Reisen, welche bis 1580 erschienen sind oder Sammlungen solcher Reisen z. B. Columbus, Vespucius, Marco Polo, De Bry, Hulsius etc.
13) Grosse naturhistorische Werke, besonders mit color. Kupfern.
14) Alte musikalische theoret. u. prakt. Werke z. B. Goudinel, Josquin, Palestrina etc. Chansons etc.
15) Prachtwerke.
16) Sammlungen von Kupferstichen, Handzeichnungen, Holzschnitten etc.
17) Handschriften berühmter Männer, Briefe, Unterschriften etc.

☞ Auch kaufe ich ganze Bibliotheken gegen baare Zahlung zu den höchsten Preisen, bin auch gern bereit den Besitzern der von mir gesuchten Bücher, wenn sie es vorziehen sollten, nach freier Wahl neue und die neuesten Bücher dagegen zu liefern.

Offerten erbitte direct durch Post.

T. O. Weigel, Buchhändler in Leipzig.

Die bisher in Hirschberg erschienene Zeitschrift:

Der pädagogische Wächter,

herausgeg. vom Lehrer **C. F. W. Wander,**

geht vom ersten Januar 1850 ab in meinen Verlag über und erscheint sodann regelmäßig jeden Montag bei mir hier in Bunzlau zum Preise von 1 Thaler 10 Sgr. für den ganzen Jahrgang.

Die reichen Materialien, welche sich diesem, in ganz Deutschland bereits weit verbreiteten Blatte unausgesetzt darbieten, haben eine wesentliche Erweiterung desselben dringend nöthig gemacht, so daß statt des bisherigen $\frac{1}{2}$ Bogen in 4. von 1850 an wöchentlich 1 Bogen in Folio erscheint, daher eine kleine Preiserhöhung unvermeidlich wurde.

Die erste Nummer des Jahrgangs 1850 wird ausnahmsweise schon Anfang Dezember bei mir erscheinen und so wie Nr. 2 in allen Buchhandlungen, in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.**, Herrenstr. 20, zur Ansicht zu haben sein.

Inserate wissenschaftlichen, namentlich pädagogischen Inhaltes, nehme ich, so weit es der Raum gestattet, zu 1 Sgr. für die Spaltzeile auf.

Bunzlau, am 10. November 1849.

Carl Friedrich Appun. Firma: **Appuns Buchhandlung.**

So eben ist bei Carl Flemming in Glogau erschienen, und in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.**, Herrenstr. 20, zu haben:

Entwurf zu einer allgemeinen Gewerbe-Ordnung, nebst einem Anhange, welcher die Vorlage der Innungs-Statuten von der Maurer- und Zimmer-Innung zu Groß-Glogau enthält. Ausgearbeitet von C. Gewiese, Maurer- und Zimmermeister. gr. 8. geh. Preis $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Bekanntmachung.

Es ist Absicht, die Revenüen der drei Chausseegeldhebestellen bei Gleiwitz, Poremba und Königshütte auf der Kronprinzen-Straße vom 1. Januar k. J. ab an die Bestbietenden zu verpachten. Der Bietungstermin wird am 28. November d. J. von Vormittags 9 Uhr an bis Nachmittags 6 Uhr im Geschäftslokale des königlichen Haupt-Steuer-Amts zu Oppeln abgehalten werden.

Sowohl dort als im Geschäftslokale des königlichen Provinzial-Steuer-Direktorats hierselbst, können die Licitations- und Kontrakts-Bedingungen so wie die Einnahme-Verhältnisse der drei Stellen während der Geschäftsstunden eingesehen werden.

Breslau, den 8. November 1849.

Der wirkliche geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Direktor.
In Vertretung:
Der Regierungs-Rath Giseke.

Holz-Verkauf.

Die in den Etatsschlägen der Oberförstereien des hiesigen Regierungs-Bezirks für das Jahr 1850 disponiblen Eichen-, Kiefern- und Fichten-Bau- und Nutzhölzer sollen nach den verschiedenen Kubikinhaltstärken von 20 zu 20 Kubikfuß aufwärts, auf dem Stamme mit der Maaßgabe in einer öffentlichen Licitation ausgeboten werden, daß der Kubikinhalt nach der erfolgten Abstämmung und Zurichtung der Stämme ermittelt und berechnet, und im Termine mit dem Taxpreise für den Kubikfuß begonnen, das etwaige Mehrgebot aber nicht pro Kubikfuß, sondern im Pauschquantum für das ganze Loos abgegeben wird.

Zum öffentlichen Verkauf dieser Bauhölzer stehen nun Termine an:

am 26. November d. J., um 10 Uhr Morgens, im Sessionszimmer der unterzeichneten Regierung vor dem Herrn Forstmeister Bräuner für die Oberförstereien Proskau, Grudschütz, Dembio, Krascheow;

am 27. November d. J., um 10 Uhr Morgens, in Kupp im Gasthofe vor dem Herrn Forstmeister Liebeneiner für die Oberförstereien Poppelau, Kupp, Dambrowka, Budkowitz und Bodland.

Der Zuschlag wird bei annehmbaren Geboten im Termine selbst ertheilt, und hat jeder Käufer den vierten Theil des Kaufpreises im Termine als Angeld zu deponiren.

Die speziellen Nachweisungen von den zum Verkauf kommenden Bauhölzern können sowohl in unserer Forst-Registratur, als auch in den Oberförstereien selbst eingesehen werden.

Oppeln, den 3. November 1849.

Königliche Regierung.
Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten.

Nothwendiger Verkauf.

Das im Rybniker Kreise gelegene Rittergut Ober-Marklowitz, abgeschätzt auf 24,723 Rthl. 10 Sgr. 10 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

4. April 1850, Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion in diesem Termine zu melden.

Rybnik, den 24. August 1849.

Königliches Kreisgericht. I. Abtheilung.
Delius.

Bekanntmachung.

Das Vorwerk und Scholtisei-Gut Nr. 1 sowie das Bauergut Nr. 3 zu Tschachawe, den Ferdinand von Helmrichschen Erben gehörig, nach der nebst Hypothekenschein hier einzusehenden Taxe auf 48,288 Rtl. 26 Sgr. 8 Pf. abgeschätzt, werden

den 7. Februar 1850, Vormittags 11 und Nachmittags 3 Uhr,

hier an der Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Subhastation verkauft. Der Mitbesitzer Ferdinand von Helmrich und die Hypotheken-Gläubigerin, verwittwete Rittmeister v. Kessel, Hedwig, geborne v. d. Marrwitz, so wie die unbekannten Realprätendenten, die Letztern unter der Warnung der Präklusion werden dazu mit vorgeladen.

Trebnitz, den 24. Juli 1849.

Königliches Kreis-Gericht. 1. Abtheilung.

Subhastations-Patent.

Das hieselbst belegene, unter Nr. 490 im Hypothekenbuche der Stadt Liegnitz eingetragene, dem Gasthofpächter Anton Scholz gehörige Grundstück, welches gerichtlich auf 5040 Rthl. abgeschätzt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation

den 30. Mai 1850

Vormittags 11 Uhr

im hiesigen Gerichts-Lokale, Bäckerstraße Nr. 89, 90 verkauft werden.

Taxe und Hypothekenschein können in unserer Registratur eingesehen werden.

Liegnitz, den 19. September 1849.

Königl. Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Da ich meinen zeitherigen Kutscher Kügler aus dem Dienste entlassen, so bitte ich, demselben keine Fracht auf meinen Namen zu übergeben.

Groß-Glogau, den 9. November 1849.

Wittfrau Köbe.

Bekanntmachung.

Der am 6. Oktober 1848 zu Wien verstorbene Fürst Maximilian Sulkowsky hat in seinem am 26. Oktober 1848 zu Pleß eröffneten Testamente vom 22. Mai ejd. a. seinem Bedienten Joseph Bechan Sechszig Thaler legirt. Da dessen Aufenthalt unbekannt ist, so wird dies nach Vorschrift des § 231 Tit. 12 Thl. I. Allg. L. R. hiermit bekannt gemacht.

Beuthen Oberschl., den 4. Novbr. 1849.

Königl. Kreis-Gericht. Zweite Abtheilung.

Auktions-Anzeige.

Aus einer aufgelösten Handlung soll Donnerstag den 15. d. M. Vormittags 9 Uhr und Nachmittag 2 Uhr eine große Parthie verschiedene Sorten Tabake in Fässern und Packeten, Cigarren 2c. in Nr. 36 Schuhbrücke gegen baare Zahlung versteigert werden.

Breslau, den 10. November 1849.

Hertel, Kommissionsrath.

Ein **Mahagoni-Flügel**, noch fast ganz neu, von Herrn Berndt verfertigt, steht wegen Abreise von Breslau zu verkaufen, Stadtgraben Nr. 21 Parterre links.

Eine gute **Handschuh-Nähmaschine** ist billig zu verkaufen Matthiasstr. Nr. 81 Parterre rechts.

Ein großes Repositorium nebst Ladentisch, gelb polirt, und ein Schreibsekretär von Kirschbaum — alles neu — sind billig zu verkaufen Tauenzienstr. Nr. 52 Parterre.

Warnung.

Schulden, die der minorenne **Alfred Mentzel** kontrahirt hat, werden von seinen Angehörigen so wenig als von der Vormundschaft bezahlt.

Parchwitz, den 10. November 1849.

3000 Rthl. werden auf ein Bauergut zur ersten Hypothek bald gesucht; Näheres Sand-Straße beim Konditor Herrn Rauchmann.

Ein brauner Jaghund mit gefleckter Brust hat sich eingefunden und kann gegen Erstattung der Kosten Friedrich-Wilhelmsstraße zu Stadt Aachen im Hintergebäude 2 Stiegen in Empfang genommen werden.

Gänzlicher Ausverkauf.

Gute Tabakspfeifen, Meerschaum- und gemahlte Köpfe, Dosen, Stöcke und vielerlei Sachen zu Geschenken verkauft billig **E. F. Dreßler**, Riemerzeile Nr. 14 im Durchgange.

Ein gutes Billard, Tische und Stühle von Kirschbaum- oder Birkenholz, gut erhalten, werden zur Einrichtung eines Gasthofes zu kaufen gewünscht. Verkäufer solcher Gegenstände werden ersucht, Bischofsstraße im Destillationsgewölbe neben Hotel de Silesie ihre Offerten anzumelden.

Frische Gebirgsbutter

empfiehlt in Tonnen und ausgeschnitten billigst:

H. R. Leyser,
Schmiedebrücke Nr. 56.

Die erste Sendung **pommerscher**

Lachs-Heringe

das Stück $1\frac{1}{4}$ Sgr.,
empfing in vorzüglich fetter Qualität u. empfiehlt

H. R. Leyser,
Schmiedebrücke Nr. 56.

Für Damen!

Ein Tücherfabrikant hat mir sein sämmtliches Lager von **Umschlagetüchern** zum schleunigen Verkauf hierher gesandt, mit dem Auftrage, dieselben zu Fabrikpreisen zu verkaufen. Die Auswahl ist eine sehr große und die Preise auffallend billig.

Heinrich Cadura,
Ring Nr. 9.

Ziegelpressen, Häckselmaschinen,

Malz- und Kartoffelquetschen 2c.
empfiehlt billigst:
Ferd. Rehm, Ritterplatz 1.

Für Wurstfabrikanten

sind Oderstraße Nr. 9 eine Partie gut gesalzene Fettdärme zu verkaufen.

Frische Bratwürste

sind heute, so wie jeden Mittwoch zu haben, wie auch alle Tage polnische **Räucherwürstel** bei: **K. Dietrich,**
Oderstraße, vormals Freytag.

Eine sich noch in gutem Zustande befindende und nach neuestem Styl konstruirte **Watte-Maschine** wird zu kaufen gesucht. Näheres erfährt man franco bei Herrn Adolph Hamburger, Blücherplatz Nr. 14.

Frische Blut- und Leber-Wurst

nach Berliner Art, ist von heut ab wieder **alle Mittwoch** zu haben bei:

C. F. Dietrich, Schmiedebrücke Nr. 2.

Zur Einrichtung von Garten-Anlagen

empfehle ich mich den verehrten Gartenfreunden unter den billigsten Bedingungen, da ich bereits seit 20 Jahren in diesem Geschäft praktisch arbeite. Zugleich empfehle ich meine Gehölz-Schule, bestehend in 15 bis 18,000 Stück an 300 Sorten verschiedener Zierbäume und schön blühender Sträucher, bei sehr billigen Preisen zu dergleichen Garten-Anlagen. Ostheimer Weichselkirschbäume das Schock 9 Thlr., Lebensbäume, Thuja occidentalis, 4 bis 6 Fuß hoch, das Schock 5 bis 7 Thlr.

Gustav Monhaupt, Kunst- und Landschaftsgärtner in Neumarkt.

Ausverkauf.

Wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts verkaufe ich meine sämmtlichen Vorräthe von

Tuch, Bouiskin und div. andern Waaren

zu den billigsten, aber festen Preisen. **E. Leinß**, Elisabetstr. Nr. 5, im goldnen Lamm

C. F. Drechsel aus Grünhainichen in Sachsen

empfiehlt zu dem bevorstehenden Breslauer Elisabet-Markte sein assortirtes **Lager der neuesten Spielwaaren** zu den Preisen, wie solche in den Leipziger Messen verkauft. werden, unter Versicherung reeler Bedienung.

Sein Lager ist auf der Reuschenstraße in den drei Linden.

= Bestes Mittel gegen den **Magenkrampf**, à Fl. $2\frac{1}{2}$ Sgr., bei: =
C. A. Bartsch, Reuschestr. 2, 2 Stieg.

Frische Sendung!

Böhmische Speck-Fasanen à Paar $1-1\frac{1}{3}$ Rthlr., Rehkeulen von $1-1\frac{1}{3}$ Rthlr., Rehrücken von $1-1\frac{1}{3}$ Rthlr., Hirschkeulen von $1\frac{2}{3}-2$ Rthlr., Hirschrücken 2 Rthlr., Hirschfleisch vom Rücken und Keule à Pfd. 3 Sgr., gespickte Hasen à 12 Sgr., so wie auch Schwarzwild empfiehlt **W. Beier**, Wildhändler, Kupferschmiedestr. Nr. 16.

Zu **vermiethen** und zu beziehen: Grosse und kleine Wohnungen an der Promenade. Näheres Sandstrasse Nr. 12, bei dem Haushälter.

Zu vermiethen

der Bierkeller Sandstrasse Nr. 12. Näheres bei dem Haushälter.

Wohnungs-Anzeige.

In dem wieder hergestellten Hause, Mäntlergasse Nr. 9, sind mehrere Wohnungen von 2 bis 5 Rthl. monatl. Miethe, vom 1. Dez. ab zu vergeben. Näheres ist daselbst parterre vorn heraus, zwischen 11 und 12 Uhr Vormittags zu erfahren.

Zu vermiethen und kommendes Neujahr zu beziehen: für einen jährlichen Miethszins von 140 Rthl., auf der Schmiedebrücke zur Stadt Warschau, ein heizbares Gewölbe mit Schaufenster, worin schon seit mehreren Jahren ein Wachswaaren-Geschäft betrieben wird. Das Nähere in der Restauration desselben Hauses oder Neue Gasse Nr. 19, 3 Treppen, bei Wartensleben.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Herzog von Mecklenburg-Schwerin und Gutsbesitzer Lindstedt aus Berlin kommend. Gutsbesitzer Graf von Frankenberg aus Warthau. Gutsbesitzer von Thielau aus Lampersdorf. Gutsbesitzer Müller a. Blumrode Gutsbesitzer Müller aus Grottkau. Gutsbesitzer Barchewitz aus Spittelndorf. Rathsherr Dolan aus Löwenberg. Lieuten. von Kolden aus Potsdam. Oberamtmann Fischer aus Frankfurt a. O. Ober-Einfahrer Krause aus Janowitz. Kaufl. Buchting aus Berlin.

12 u. 13. Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"10,46'''	27"9,72'''	27"8,59'''
Thermometer	+ 4,5	+ 2,9	+ 10,4
Windrichtung	W	W	WNW
Luftkreis	heiter	heiter	heiter.

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach / Ank. aus	Oberschles.	Pers.-Züge	7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. / 3 U. 30 M., 8 U. 20 M. Ab.; von Oppeln 9 U. 45 M. Mrg.		
Abg. nach / Ank. von	Berlin	Pers.-Züge	7 U. 15 M., 5 U. 15 M. / 11 U. 45 M., 8 U. 6 M. A.	Güter-Züge	12 U. 15 M. Mitt. / 5 U. Nachmitt.
Abg. nach / Abg. von / Abg. von	Freiburg / Schweidnitz	tägl.	8 U. — M., 5 U. — M. / 7 U. 15 M., 5 U. 18 M. / 7 U. 10 M., 5 U. 15 M.	Außerdem Sonntag, Mittwoch u. Freitag,	1 U. — M. Mitt. / 1 U. 18 M. " / 1 U. 15 M. "

Auktionen in Breslau.

Den 15. Novbr. Vor- u. Nachmitt. Schuhbr. 30, Tabak, Cigarren.
" 15. " Mittags 12 Uhr, auf dem Zwingerplatz: Pferde, Ziegen, Droschken, Schlitten, Geschirre 2c.

Börsenberichte.

Paris, 10. November. 3% 56. 30. 5% 88. 80.

Berlin, 12. November. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner $3\frac{1}{2}$% $94\frac{1}{4}$ à $\frac{1}{2}$ bez. und Br. Krakau-Oberschlesische 4% $69\frac{1}{4}$ bez., Prior. 4% $85\frac{1}{2}$ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $52\frac{7}{8}$ à $\frac{7}{12}$ à $\frac{3}{4}$ bez. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% $83\frac{3}{8}$ bez. und Gl., Prior. 4% $93\frac{3}{4}$ bez. und Br., Prior. 5% $102\frac{1}{2}$ bez. und Gl., Ser. III. 5% $101\frac{1}{2}$ Gl. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 31 Br., Prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. $3\frac{1}{2}$% $106\frac{1}{2}$ Gl., Litt. B. $103\frac{3}{4}$ bez. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% $106\frac{1}{4}$ bez. Staats-Schuld-Scheine $3\frac{1}{2}$% $88\frac{3}{4}$ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine $101\frac{3}{4}$ bez. Posener Pfandbriefe 4% — — $3\frac{1}{2}$% $89\frac{3}{4}$ Gl. Preußische Bank-Antheile $95\frac{3}{8}$ bez. und Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 Br., neue 4% $95\frac{3}{8}$ Br. Polnische Partial-Obligationen a 500 Fl. 81 bez. und Br., à 300 Fl. 110 Gl.

Die Börse eröffnete in matter Stimmung, später wirkte die höhere Rente-Notirung günstiger, jedoch schließen Aktien zum Theil flauer, als am letzten Posttag, besonders Berlin-Hamburger 2% und Magdeburg-Wittenberger 3%, die für Hamburger Rechnung stark offerirt wurden. Fonds unverändert.

Wien, 12. November. Fonds und Aktien fast ohne erhebliche Veränderung mit Ausnahme von Lotterie-Papieren, von denen 1839er Loose um $\frac{1}{2}$% und 1834er Loose um 2 bis 3%, letztere bei fehlenden Abgebern gestiegen sind. Comptanten und Devisen fast unverändert; für letztere jedoch mehr Br. als Gl. $2\frac{1}{4}$ Uhr. 5% Metal. 94 bis $94\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$% $84\frac{1}{8}$ bis $\frac{1}{4}$; Nordbahn 107 bis $107\frac{1}{8}$

Breslau, 13. November. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $95\frac{1}{2}$ Gl. Kaiserliche Dukaten $95\frac{1}{2}$ Gl. Friedrichsd'or $113\frac{1}{2}$ Br. Louisd'or $112\frac{7}{12}$ Br. Polnisches Courant 96 Gld. Oesterreichische Banknoten $95\frac{3}{8}$ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine $101\frac{1}{2}$ Gl. Freiwillige Preußische Anleihe 106 Gld. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$% 89 Br. Breslauer Stadt-Obligationen $3\frac{1}{2}$% $96\frac{3}{4}$ Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% $99\frac{3}{4}$ Gld., neue $3\frac{1}{2}$% $89\frac{1}{2}$ Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$% $95\frac{1}{6}$ Br., Litt. B. 4% 99 Br., $3\frac{1}{2}$% $93\frac{1}{6}$ Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 95 Gld. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. $81\frac{1}{2}$ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 77 Gld., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. $106\frac{1}{4}$ Gld., Litt. B. $103\frac{1}{2}$ Gl. Krakau-Oberschlesische $69\frac{1}{4}$ Br. Niederschlesisch-Märkische $83\frac{1}{4}$ Gld., Priorität 5% 102 Gl. Serie III. $100\frac{3}{4}$ Gl. Neisse-Brieger $41\frac{3}{4}$ Br. Köln-Mindener 94 Gld., Priorität $102\frac{11}{12}$ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 53 Br. —

Getreide-, Oel- und Zink-Preise in Breslau, den 13. November.

Weizen, weißer 55, 49, 41 Sgr.; gelber 51, 45, 37 Sgr. Roggen $27\frac{1}{2}$, 26, $24\frac{1}{2}$ Sgr. Gerste 24, 22, 20 Sgr. Hafer $17\frac{1}{2}$, $16\frac{1}{2}$, $15\frac{1}{2}$ Sgr. Rother Kleesaamen 10 bis 14 Thlr.; weißer 6 bis $13\frac{1}{2}$ Thlr. Spiritus $6\frac{1}{6}$ Br., 6 Thlr. Gl. Rohes Rüböl 15 Thlr. Br. Zink loco $4\frac{2}{3}$ Thlr. Br. Rapps 111, 108, 106 Sgr. Rübsen 95, 93, 91 Sgr.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.